Ostland

Wochenschrift für den gesamten Osten

Herausgeber Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentl. einmal. **Bezug:** Durch die Post vierteljährlich 1.50 M. **Einzelnummer** 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr.
Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4gespaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 3.	Berlin, 19. Januar 1934.	15. Jahrg.

Litauen und das Memelgebiet.

Litauen hat seit dem deutschen Zusammenbruche Nutzen aus seiner *Stellung zwischen Deutschland und Polen* gezogen. Wenn es auf Wilna abzielte, stellte es sich mit dem Rücken an Deutschland und suchte es Hilfe bei Rußland; und wenn es gegen das Memelland vorging, versuchte es Deutschland mit dem stummen Hinweis auf eine mögliche Annäherung an Polen zu schrecken. Litauens außenpolitisches System gründete sich auf den polnischen Gegensatz zu Deutschland und Rußland; und im Schutze dieses Gegensatzes gelang es ihm, sich staatlich und national zu festigen und seine Wirtschaft zu ordnen. Mit dem Ausgleich zwischen Rußland und Polen und vor allem mit der fortschreitenden *Entspannung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen* glaubt Litauen sich nun *vor eine neue Lage* gestellt. Es fürchtet, sein gewohntes außenpolitisches Spiel nicht mehr fortsetzen zu können und eines Tages vor die Notwendigkeit gestellt zu werden, sich für ein festes Zusammengehen mit dem einen oder dem anderen seiner Nachbarn entscheiden zu müssen.

Von diesem Gesichtspunkt aus muß man die gegenwärtige Haltung der litauischen Regierung verstehen. Deutschland scheint ihr zur Zeit der gefährlichere Nachbar zu sein. Welch' unwahrscheinliche Vorstellungen über den nationalsozialistischen Expansionsdrang nach Osten noch heute, nach einem Jahre nationalsozialistischer Herrschaft, selbst in den höchsten Kownoer Regierungskreisen bestehen, das hat die Programmrede Smetonas auf dem Kongreß der Tautininkai gezeigt. Daß in einer solchen, von Angst erfüllten Atmosphäre die unsinnigsten Gerüchte über deutsche Angriffsabsichten, Einmarschvorbereitungen und Annexionspläne, die von gewissenlosen Elementen ausgesprengt werden, leichtes Gehör finden und gegebenenfalls auch zu politischen Entscheidungen führen können, liegt auf der Hand. In Kowno meint man wohl, der „deutschen Gefahr" durch einen verschärften Kurs in Memel zuvorkommen zu müssen. Man meint, sich auf diese Weise den Besitz, zu dem man durch höchst unfaire Mittel gelangt ist, am besten sichern und damit vielleicht auch seine Position in der Wilnafrage bessern zu können. *Aber die selbstverwaltungsfeindliche Politik, die man heute in Memel betreibt, ist der sicherste Weg, das Memelgebiet zu verlieren und das Wilnagebiet nicht zurückzuerhalten.*

Der litauische Gesandte in Berlin hat sich über die in der deutschen Presse erfolgte Ankündigung weiterer memelland-feindlicher Maßnahmen beschwert. Die Kownoer Regierung hat, seiner Versicherung nach, nicht die Absicht, zu „neuen Gewaltmanßahmen" zu schreiten. Diese „Richtigstellung" ist interessant, da sie nur die Absicht *neuer* Gewaltmaßnahmen bestreitet, — woraus sich entnehmen läßt, daß auch nach litauischer Auffassung im Memellande *bisher* nicht ohne Gewaltmaßnahmen regiert worden ist. Dieser gewiß ungewollten Bestätigung einer memelfeindlichen Politik Kownos hätte es zur Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit nicht mehr bedurft. Die Dienstentlassung von über 100 memelländischen Beamten deutscher Staatsangehörigkeit, die Brotlosmachung weiterer 900 reichsdeutscher Familien auf Grund des Ausländergesetzes, die fortgesetzten Eingriffe in die autonomen Rechte des Landes, — das alles sind Beweise genug für den unfriedlichen Kurs, den die Kownoer Regierung dem Memellande und damit Deutschland gegenüber verfolgt. Durch ein lahmes Dementi können Tatsachen nicht ausgelöscht werden. Und zu diesen Tatsachen gehört die von litauischer Seite selbst oft und deutlich genug geäußerte Absicht, dem Memelgebiete seinen deutschen Charakter und seine verbürgte Selbstverwaltung zu nehmen. Es kommt nicht darauf an, wie man diese Absicht mit dem Scheine des Rechtes zu umgeben versucht, sondern wichtig ist lediglich, daß sich diese Absicht ohne fortgesetzte Rechtsbrüche und ohne dauernde Gewaltanwendung nicht verwirklichen läßt, da man ja einer seit Jahrhunderten mit dem deutschen Staatsleben und dem deutschen Kulturkreise aufs innigste verknüpften Bevölkerung nicht zumuten kann, daß sie sich freiwillig auf das tiefere soziale und kulturelle Niveau ihrer östlichen Nachbarn begibt.

Wenn Deutschland dann einmal zu Maßnahmen schreitet, durch die den Kownoern Gegnern des Memellandes zu Bewußtsein gebracht werden soll, daß *die Memelfrage keine bloße innere Angelegenheit Litauens ist*, dann tut man in Kowno entrüstet und erhebt gegen Deutschland, nur weil es sich für seine memelländischen Volksgenossen einsetzt, mehr oder weniger offen den Vorwurf, daß es die „guten Beziehungen" zwischen den beiden Staaten gefährde. Man tut so, als ob man nicht sähe, daß die gute Nachbarschaft nicht durch berechtigte deutsche Abwehrmaßnahmen, sondern einzig und allein durch die memelfeindliche Haltung der litauischen Chauvinisten gestört wird. Deutschland hat die *Einfuhr litauischer Butter gedrosselt*. Im Jahre 1933 hat das litauische Butterkontingent 2100 Tonnen betragen; es hat sich Ende des vergangenen Jahres durch zusätzliche Ausfuhr auf 2600 Tonnen erhöht. Jetzt ist das Kontingent auf 600 Tonnen (d. h. um mehr als 70 v. H.) herabgesetzt worden; wobei noch zu bemerken ist, daß der Preis, den die litauische Butter in Deutschland erzielt, erheblich höher ist als der Preis, den Litauen für seine Butter in anderen Ländern erhält. Das Blatt der Kownoer Landwirtschaftskammer macht einen schwachen Versuch, die Bedeutung dieser Maßnahme zu leugnen. Litauen, meint es, kaufe von Deutschland mehr, als es nach Deutschland verkaufe, und wenn Deutschland die litauische Buttereinfuhr wirklich einschränken sollte, so werde Litauen „die entsprechenden Folgerungen zu ziehen verstehen". Mit dieser Drohung wird man Deutschland kaum einschüchtern können. Denn Deutschlands handelspolitische Situation ist Litauen gegenüber durchaus nicht so schwach, wie es das Kownoer Blatt gern wahrhaben möchte. Nach der litauischen Statistik sind aus Litauen nach Deutschland im letzten Jahre für rund 47 Mill. Lit und aus Deutschland nach Litauen für etwa 48 Mill. Lit Waren eingeführt worden. Während der litauische Anteil an der deutschen Ausfuhr äußerst gering ist, ist umgekehrt Deutschland an der Gesamtausfuhr Litauens mit rund einem Drittel beteiligt. In Kowno täte man also wohl gut daran, sich die Folgen etwa beabsichtigter handelspolitischer Gegenmaßnahmen vorher reiflich zu überlegen.

Auch dieses Mal hat Kowno nicht von seiner Angewohnheit gelossen, immer dann, wenn es neue Angriffe gegen das Memelland unternimmt, ein etwas freundlicheres Gesicht nach Warschau zu machen, um Deutschland durch den Hinweis auf die *Möglichkeit einer litauisch-polnischen Verständigung* davon abzuhalten, energische Gegenmaßnahmen zu treffen. Und, wie üblich in solchen Fällen, versucht Warschau auch dieses Mal wieder, Nutzen aus dieser Lage zu ziehen. Es verstärkt seine Bestrebungen, mit Kowno in Verbindung zu kommen. Bei den mehr oder weniger offiziellen Zusammenkünften zwischen polnischen und litauischen Persönlichkeiten in letzter Zeit wurde gewiß nicht über irgendwelche Belanglosigkeiten gesprochen. Und *die polnische Presse* schwingt sich jetzt sogar dazu auf, den Litaurn ganz ungewohnte Liebenswürdigkeiten zu sagen, die Geschicklichkeit der Kownoer Politiker, die Tüchtigkeit der litauischen Bauern und die Fortschritte im inneren Aufbau des litauischen Staatswesens zu loben, — was sie freilich nicht hindert, zu gleicher Zeit die

Ergreifung energischer Maßnahmen gegen die litauische Minderheit im Wilnagebiete zu fordern, die dort während der letzten Monate eine größere Anzahl städtischer Grundstücke und ländlicher Objekte aus der Hand bankrotter polnischer Besitzer aufgekauft haben soll. Einiges Aufsehen hat ein Artikel des Juden Katelbach, des Kownoer Korrespondenten der halbamtlichen „Gazeta Polska", erregt. Katelbach, der früher in Deutschland eine journalistische Rolle beim Polenbunde gespielt hat, macht sich in diesem Artikel die litauische These zu eigen, daß Memel „ein integrierender Bestandteil" des litauischen Staates sei, und er weist nachdrücklich auf die „Versäumnisse" hin, die sich Litauen in den elf Jahren seiner dortigen „Herrschaft" auf dem Gebiete der „Entdeutschung" Memels habe zuschulden kommen lassen. Diese Mängel, meint Katelbach, müßten behoben werden; die Verwaltungstätigkeit des neuen Gouverneurs von Memel sei durch eine ausgedehnte „kulturell erzieherische Aktion" zu ergänzen, an der ganz Litauen teilnehmen müsse. Das lasse sich auch im Rahmen des Memeler Autonomiestatutes durchführen. Zu dieser Arbeit könnten auch die Nationalitäten Litauens herangezogen werden „denen an der staatlichen Verknüpfung des Memellandes ebenso viel gelegen ist wie den Litauern selbst".

Das offiziöse polnische Regierungsblatt muntert die Litauer also zu einer energischen Entdeutschungspolitik im Memelland auf! Das ist immerhin ein merkwürdiger Beitrag, den der Jude Katelbach hier zu dem Thema der deutsch-polnischen Verständigung liefert. Interessant ist vor allem der letzte Satz, der der Kownoer Regierung empfiehlt, sich bei der nationalen Unterdrückung des deutschen Memellandes auch der nationalen Minderheiten Altlitauens zu bedienen. Dabei hat Katelbach einerseits wohl an die Juden, andererseits aber auch und wohl vor allem an die Polen gedacht, die in einigen Teilen des litauischen Staates eine zahlenmäßig und wirtschaftlich starke nationale Minderheit bilden. Katelbach scheint hier ein Mittel zu sehen, das Memelgebiet mit einer polnischen Minderheit zu beglücken, deren Vorhandensein in Zukunft vielleicht einmal polnische Ansprüche auf die alte deutsche Hafenstadt „rechtfertigen" könnte. Man fühlt sich dabei an die Pläne erinnert, die Polen kurz nach dem Kriege verfolgte, als das Memelgebiet schon vom Reiche losgetrennt, aber noch nicht von Litauen okkupiert worden war. Damals schon, als das Gebiet unter französischer Verwaltung stand, wurde von Warschau der Versuch unternommen, das Memelland und vor allem die wichtige Hafenstadt Memel wirtschaftlich und national durch polnisches Kapital und durch polnischen Zuzug zu überfremden. Es ist anzunehmen, daß die Litauer die „aufmunternden" Worte Katelbachs richtig verstehen und erkennen, daß die Polen zwar eine Entdeutschung des Memellandes recht gern sehen würden, aber nicht, um es den Litauern zu überlassen, sondern um sich selber dort festzusetzen zu können.

Dr. K.

Litauische Fragen.

Als Litauen Ende des 18. Jahrhunderts, das Schicksal Polens teilend, dem Zarenreiche einverleibt wurde, verschwand es von der Landkarte; an seiner Stelle entstanden die russischen Gouvernements Kowno und Wilna. Die Erinnerung an Litauen sollte ausgelöscht werden; und es gelang auch den Machthabern in St. Petersburg, die große geschichtliche Vergangenheit Litauens bis zu einem gewissen Grade in Vergessenheit geraten zu lassen. Aus dieser von russischer wie übrigens auch von polnischer Seite sorgsam gepflegten Unkenntnis über das Land und seine Bewohner erklärt sich wohl auch die nicht selten noch anzutreffende Neigung, die Bedeutung Litauens (das allerdings mit dem Memellande nach dem Stande von Anfang 1931 bloß 2 367 000 Einwohner zählt) zu unterschätzen.

Litauen und Polen.

Inzwischen aber ist Litauen, vielleicht gerade weil es in den ersten Nachkriegsjahren im Schatten der großen politischen Ereignisse lag, und wegen des groben Fehlers der Polen, die im Oktober 1920 Wilna besetzten, zu einem festen und selbstbewußten Staatskörper geworden. Das polnische Element ist in Litauen stark vertreten. Statistisch ist es nicht leicht zu erfassen, da sich viele Familien, die sich in russischer Zeit als Polen bekannten, heute aus Opportunitätsgründen zum litauischen Volkstum bekennen. Diese Erscheinung kann nicht nur in den Reihen des niederen Beamtentums festgestellt werden, sondern findet sich auch in den früher sozial und wirtschaftlich begünstigten Kreisen, wie z. B. bei einem Zweige der Fürsten Radziwill. Nicht nur der weitaus überwiegende Teil des Großgrundbesitzes lag früher in polnischen Händen, sondern es gibt auch ganze Landstriche, wie z. B. die Lauda, die in den dort ansässigen Großbauern eine starke polnische Bevölkerung haben. Der bekannte polnische Schriftsteller Henryk Sienkiewicz läßt manche polnische Helden seiner Romane der Lauda entstammen. Noch heute sucht der auf sein Restgut beschränkte Pan, polnisch zu seinen Leuten zu sprechen. Es gibt Gegenden im heutigen Litauen, wo die Bewohner, sofern sie die polnische Sprache beherrschen, zur Oberschicht der Bevölkerung gezählt zu werden beanspruchen und sich als etwas Besseres als die große Masse dünken.

Es wäre für vorausschauende Staatsmänner in Warschau wohl möglich gewesen, Litauen außenpolitisch in polnisches Fahrwasser zu ziehen. Die Besetzung Wilnas aber schuf einen bis heute unheilbaren Bruch zwischen den beiden Nationen und Staaten. Es fehlt die gegenseitige diplomatische Vertretung. Es gibt seit 13 Jahren keine Eisenbahn und Postverbindung zwischen Litauen und Polen. Durch unausgesetzte Propaganda seitens der litauischen Regierung ist es gelungen, die ein wenig stumpfe Psyche der Bevölkerung aufzurütteln und ihr die Besetzung Wilnas, der alten historischen Hauptstadt des Landes, als eine durch nichts entschuldbare Annexion, als einen brutalen Raub hinzustellen. Die halbvergessenen geschichtlichen Momente werden geschickt in diese Propaganda verflochten. Die Erinnerung an die Machtstellung Litauens im Mittelalter, an die Zeiten der Gedimin, Keistutis und Witautas sind wieder lebendig geworden. Überall, in den Amtsräumen der Behörden, auf den großen Bahnhöfen usw. hängen die Bilder dieser altlitauischen Fürsten, an deren legendenumwobener Größe sich der Nationalstolz eines einmal fast vergessenen Volkes aufrichtet. „Nie wird Litauen seinen Anspruch auf Wilna aufgeben", so lautet die unveränderliche Parole. Auf sämtlichen offiziellen Landkarten findet sich das Land in weitem Umkreis um Wilna „als ein von den Polen zur Zeit besetztes Gebiet" eingezeichnet. In den Jahren 1922—1924 konnte man in Postanstalten, Banken und Behördenbüros schreiende Plakate sehen, auf denen der Pole im Schnürrock mit der Hetzpeitsche in der Hand als knechteschindender Krautjunker und kapitalistischer Großgrundbesitzer dargestellt war. Jetzt stößt man freilich nicht mehr auf derartig drastische Mittel. Man weiß in Kaunas, daß die litauische Jugend, deren Kern eine nationalistisch eng zusammengeschweißte Studentenschaft bildet, eines derartigen Anschauungsunterrichtes nicht mehr bedarf, und daß die „Schützen", die die Rückgewinnung Wilnas als eines ihrer Hauptziele verfolgen, einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die allgemeine Stimmung des litauischen Volkes besitzen. Und man glaubt in Kaunas daher, mit einer gewissen Großzügigkeit das Bestehen polnischer Gymnasien und einzelner polnischer Organisationen, die freilich scharf überwacht werden, dulden zu können.

Polen hat sich mehrfach bemüht, die bestehende Spannung zu verringern. Und es dürften sich auch in Litauen einige Gruppen finden, die bereit wären, den Polen entgegenzukommen. Sie sind jedoch, obwohl sie vielleicht sogar in den Regierungskreisen einzelne Anhänger besitzen, praktisch noch nicht zur Geltung gekommen. Die Spannung wirkt auf die Dauer beschwerlich; sie hemmt die Ellenbogenfreiheit und steht auch dem an sich erwünschten Zusammenschluß der Randstaaten hindernd im Wege. Denn solange die Wilnafrage nicht geregelt ist, weigert sich die litauische Regierung grundsätzlich, an irgendwelchen Verhandlungen teilzunehmen, bei denen Polen als Partner auftritt. Daß die französische Politik unentwegt daran arbeitet, einen Ausgleich anzubahnen, steht außer Zweifel. So heißt es in einem Bericht Maurice Bedels in der „Conferenzia" (Nr. 15 vom 15. Juli 1933):

„Vor 12 Jahren bemächtigte sich Polen durch einen Gewaltstreich der historischen Hauptstadt Litauens, Wilnas, und der weiten Gebiete Südlitauens... Das litauische Vaterland ist in Trauer. Vergebens befaßte sich der Völkerbund mit der Frage. Vergebens prüften französische juristische Sachverständige von der Bedeutung de la Pradelles und Le Furs das Recht Litauens. Wilna ist in polnischen Händen geblieben ... Das ist eine schwere Sorge für Frankreich, das sowohl mit dem einen wie mit dem anderen Volke befreundet ist."

Weder hat Polen einen Führer, der es wagte, die annektierten Gebiete an Litauen zurückzugeben, noch besitzt Litauen einen Staatsmann, der sich über die öffentliche Meinung hinwegsetzen und auf Wilna verzichten könnte.

Litauen und Deutschland.

Zu Deutschland wäre das Verhältnis Litauens ein denkbar günstiges, wenn sich nicht immer wieder der Fragenkomplex des Memellandes störend und entfremdend auswirken würde. Die Hoffnung, die

die Verfasser des Versailler Diktates hegten, als sie durch die Lostrennung Memels vom Reich ein Streitobjekt zwischen die beiden Völker legten, hat sich allerdings nicht völlig erfüllt: Der Memelkonflikt hat Litauen nicht in die Arme Polens getrieben! Der Litauer ist an sich nicht deutschfeindlich gesinnt. Das hat sich z. B. während des Weltkrieges gezeigt: Im Gegensatz zu Lettland, wo weit über die Hälfte der Bevölkerung, aus Furcht vor angeblichen Greueln, beim Anrücken der deutschen Truppen flüchtete, ließen sich die Litauer von den Russen nicht zum Verlassen ihres Landes verleiten; sie kannten die Deutschen als Nachbarn und blieben. Soweit reichte nun ihre Neigung zu Deutschland allerdings nicht, daß sie nicht mit beiden Händen nach einem so mundgerecht gemachten Bissen, wie dem Memelland, gegriffen hätten. Allerdings hatten sie sich über die Aussichten einer Assimilierung des angegliederten Gebietes an ihren Staat falsche Vorstellungen gemacht. Und sie scheinen noch immer nicht einsehen zu wollen, daß mit den russischen Methoden, die den neuen Herren in Kaunas bekannt und geläufig sind, in diesem alten deutschen Lande keine wirklichen Erfolge erzielt werden können. So wenig wie auf Wilna ist Litauen bereit, auf Memel zu verzichten. Um diese beiden Probleme dreht sich die ganze Politik dieses Staates.

Litauen und „seine" Juden.

Litauen ist ein ausgesprochenes Agrarland. Die Statistik gibt 77 v. H. der Bevölkerung als Landwirte an (1. Januar 1931). Der Bauer ist von der allgemeinen wirtschaftlichen Krise nicht verschont geblieben. Besonders schwer lastet sie auf den Siedlern, denen die Regierung Parzellen der entäußerten Gutsländereien zugewiesen hat. Die Größe der Parzellen schwankt. Wir finden in entlegenen Gegenden auf fruchtbarem Lehmboden Parzellen von 9 Hektar, in der Nähe von Städten Landstellen von 3 Hektar. Das Land ist, wenn wir das nordische Klima, das unentwickelte Eisenbahnnetz und die geringe Kaufkraft der Städte berücksichtigen, zu dicht besiedelt, die Parzellen sind zu klein geraten. Aber der Bauer behauptet sich trotz der nachgebenden Preise, die seinen Erzeugnissen in den letzten Jahren bewilligt wurden. Dabei kommt ihm seine eigentümliche Genügsamkeit, sein Sparsinn zustatten. Freilich entbehrt er nicht des ausgiebigen Schutzes seitens der Regierung. Bei Zahlungsunfähigkeit ist eine Pfändung nur in beschränktem Maße gestattet.

Beinahe jeder größere Flecken auf dem Lande hat zwei Markttage in der Woche. Dort strömt die umwohnende Bevölkerung zusammen. Der Bauer ist ein Meister im Handeln, er nimmt sich Zeit; aber der Lit, die kleine Münze, rollt. Es gibt ein stundenlanges Hin und Her beim Ein- und Verkauf, beim Tauschen der Waren, wobei freilich bis jetzt der Jude, der überall im Gewühl zu finden ist, als Mittelsmann auftritt. Auf dem Marktplatz scheint der Jude den Bauern alten Schlages noch nicht zu stören. Im übrigen öffentlichen Leben dagegen, in den Kreisstädten, begegnet man bereits der bewußt gepflegten Tendenz, den Juden aus seiner bisherigen Stellung zu verdrängen, ihn als Händler auszuschalten.

Als die jungen demokratischen Staaten nach dem Weltkriege eine ihrer vornehmsten Aufgaben auch darin sahen, dem jüdischen Element freie Bahn und günstigen Start zu schaffen, entwickelte sich das Judentum in Litauen zu einer ansehnlichen Macht. Die Juden, auf die etwa 7,2 v. H. der Gesamtbevölkerung entfallen und die in der russischen Zeit unter angemessenem Druck gehalten wurden, erhielten nun einen besonderen Vertreter bei der Regierung in Kaunas, den sie selber wählen durften. Sie wußten sich, wie überall, wo man sie nicht in Schach zu halten versteht, in den Vorderdrund zu drängen. Über den Läden der Städte und Dörfer fielen die Firmenschilder mit hebräischen Buchstaben auf. Straßenaufschriften wurden in litauischer, hebräischer und polnischer Sprache angebracht, wobei die hebräische Zeile über der polnischen stand. Die Juden hielten in jenen Jahren und auch später ihre Lage für durchaus gesichert. Die Arbeit jüdischen Kapitals war allenthalben zu spüren. Große jüdische Unternehmen entstanden. Eine Hochschule für Rabbiner wurde in Kaunas errichtet. Sie ist eines der am sorgfältigsten geleiteten und mit erlesenen Lehrkräften besetzten Institute dieser Art im europäischen Osten. Und an der Laisves Alleja, der Hauptstraße in Kaunas, wurde um 1924 ein jüdisches Kaufhaus in betont orientalischem Stile erbaut, das wohl die Vorstellung eines morgenländischen Bazars hervorrufen sollte. So blühte während der ersten Jahre der jungen Republik der jüdische Weizen.

Das hat sich inzwischen erheblich geändert. Der Unmut der national eingestellten Litauer über das Anwachsen des Judentums, über dessen dominierende wirtschaftliche Stellung blieb nicht aus. Die antisemitischen Strömungen ergriffen allmählich immer weitere Kreise. Die Regierung glaubte eingreifen zu müssen. Sie wagte aber nicht, sich dadurch eine wohlfeile Popularität zu schaffen, daß sie in offenem Kampfe gegen die Juden vorging. Dies erschien ihr nicht opportun. Die Stellung des reichen, mit der internationalen Weltfinanz verbundenen Judentums erschien ihr doch zu gefährlich; denn antisemitische Regierungsmaßnahmen konnten gegebenenfalls unliebsame Rückwirkungen auf außen-, handels- und finanzpolitischem Gebiete auslösen. Für das Verhalten der litauischen Regierung kam wohl auch in Betracht, daß Palästina als ein aufnahmefähiger und in der Zukunft vielversprechender Markt für litauische Butter galt. So ist es nicht unverständlich, wenn der vorsichtige Litauer einen Konflikt mit den Juden zu vermeiden bestrebt war. Dafür aber wurden unauffällig Maßnahmen getroffen, die der antisemitischen Bewegung den Boden entziehen sollten. Man begünstigte im stillen die Gründung von Konsumvereinen und ähnlichen Unternehmungen im Besitze nationalgesinnter Litauer. In diesen Verkaufsstellen, die mit allerlei für den Bedarf des Landbewohners bestimmten Waren ausgestattet sind, wird man vortrefflich bedient. Sie erfreuen sich eines wachsenden Zuspruchs. Auch in Kaunas entstand ein großstädtisches Kaufhaus, das etwa dem des Offiziervereins in Berlin entspricht und das in erster Linie dem Bedarf des Militärs und seiner Angehörigen dient. Nach der Menge der Kunden zu urteilen, die täglich die Räume füllen, müssen die Umsätze mehr als befriedigend sein. Der jüdischen Volksbank, die überall, auch in kleinen Flecken, ihre Niederlassungen unterhält, wurden Filialen der Litauischen Bank gegenübergesetzt.

Und bald begannen die jüdischen Kaufleute über Rückgang der Geschäfte zu klagen. Immer häufiger konnte man die Worte „Auswandern" und „Palästina" hören. Es meldeten sich im Sommer 1933 ganze Scharen jüdischer junger Mädchen auf Gütern in der Nähe der Städte. Sie wünschten Arbeit gegen normales Entgelt zu leisten und eine Bescheinigung darüber zu erhalten, daß sie eine gewisse Zeit hindurch landwirtschaftlich tätig gewesen sind, um sich mit diesem Ausweis die Einreise- und Aufenthaltsgenehmigung in Palästina zu sichern. Die Juden fühlen sich nicht mehr behaglich. Es beruhigt sie nicht, wenn in Litauen das Tragen von Abzeichen der NSDAP oder einer ihrer uniformierten Organisationen mit auffallend empfindlichen Strafen bedroht wird. Sie wissen, daß diese schroffe Haltung der Regierung eine auf taktischen Überlegungen beruhende Geste ist, der nichts weniger als philosemitische Anwandlungen zugrunde liegen. Sie wissen ferner, daß eine große Zahl von Litauern gerade deswegen mit dem neuen Deutschland sympathisiert, weil dieses die Macht der Juden bei sich vernichtet und ihren Einfluß beseitigt hat. Es beruhigt die Juden auch nicht, wenn die Kownower Regierung sich noch zu keinen einschneidenden Maßnahmen entschlossen hat, die eine Betätigung jüdischer Rechtsanwälte und Ärzte nur in begrenztem Ausmaße gestatten. Sie sehen voraus, daß solche Maßnahmen früher oder später doch kommen. Es ist ihnen eine Warnung gewesen, als die litauische Regierung im Sommer 1933 dem von ihnen propagierten Boykott deutscher Waren energisch entgegentrat.

Litauen und Frankreich.

Ein mögliches Gefahrenmoment für das Verhältnis Litauens zu Deutschland wäre hier noch zu erwähnen. Es ist die französische Kulturpropaganda, die fraglos suchen wird, sich auch in Kaunas festzusetzen, wie sie es in Riga getan hat. Hier werden Hunderte von lettischen Kindern in einem französischen Lyzeum in französischem Geiste erzogen, um später ihre weitere Ausbildung in Paris zu erhalten. Frankreich hat mit dieser Art der Kulturwerbung die besten Erfahrungen gemacht. Diejenigen Letten, die in Paris ihre Hochschulbildung empfingen, sind, in die Heimat zurückgekehrt, die eifrigsten Bekämpfer deutscher Kultur und die zuverlässigsten Gegner einer etwaigen freundschaftlichen Annäherung zwischen Lettland und Deutschland. Noch gibt es in Kaunas kein französisches Institut dieser Art. Aber man trifft bereits Litauer, die in Paris studieren und damit der westlichen Gedankenwelt mehr oder weniger verfallen. Hier hat die deutsche Kulturarbeit die Aufgabe, den französischen Plänen den Weg zu verbauen — im Interesse des Friedens.

E. v. B.

*

Lehrstuhl für Radbruch in Kowno.

Der Senat der Universität Kowno hat den ehemaligen Heidelberger Strafrechtslehrer Professor Radbruch nach Kowno berufen, um ihm den Lehrstuhl für memelländisches Strafrecht zu übergeben. Radbruch war zweimal sozialdemokratischer Reichsjustizminister. Er wurde am 28. April 1933 auf Grund des Beamtengesetzes aus dem Staatsdienst entlassen. Er ist einer der vielen „Emigranten", die nach der nationalen Revolution Deutschland verlassen und sich nach Frankreich begeben haben.

Die polnische Literaturakademie.

Die Polnische Literaturakademie, die im Oktober vergangenen Jahres gegründet wurde, verdankt ihr Entstehen in erster Linie der Initiative des polnischen Ministerpräsidenten und Kultusministers Janusz Jendrzejewicz, in dem sich politische und kulturelle Neigungen und Fähigkeiten in seltener Weise vereinen. Jendrzejewicz, trotz seiner jungen Jahre ein alter Gefolgsmann Pilsudskis, hat im vergangenen Jahrzehnt eine fruchtbare Gründertätigkeit auf kulturellem Gebiete entfaltet. Ihm verdanken mehrere wertvolle Zeitschriften ihr Entstehen: „Wissen und Leben“ (ein Fortbildungsblatt für die Lehrerschaft), „Droga“ (ein wissenschaftlich-politisches Blatt), die „Allgemeine Korrespondenz-Universität“ (ein für die Allgemeinheit bestimmtes Fortbildungsorgan) und der „Pion“ (eine literarische Zeitschrift). Jendrzejewicz rief ferner eine „Gesellschaft für Theaterkultur in Polen“ ins Leben. Er nahm den Umbau des Volksbildungswesens in Angriff und wagte sich auch an die schwierige Aufgabe der Neuregelung des polnischen Hochschulwesens heran. Er hat sich auf kulturellem Gebiete als kämpferische und schöpferische Kraft erwiesen, sich allerdings durch seine Tätigkeit auch viel Feinde, namentlich im nationaldemokratischen Lager, geschaffen. Seine Hauptaufgabe scheint er in der Zurückdrängung des von westlichen Einflüssen überfremdeten Intellektualismus, wie er im nationaldemokratischen Lager seine stärkste Ausprägung gefunden hat, und in der Schaffung eines arteigenen polnischen Kulturwillens zu erblicken. Befremdlich ist dabei nur, daß er offenbar glaubt, sich hierbei in stärkstem Maße ausgerechnet auf die jüdischen Intellektuellen stützen zu müssen.

Die neue polnische Literaturakademie besitzt zwei Vorläuferinnen in der Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften in Warschau und der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Krakau. Die Warschauer Gesellschaft bestand von 1800 bis 1831, bis sie — als einer der Hauptherde der nationalen Erneuerung des polnischen geistigen Lebens — von der russischen Regierung aufgelöst wurde. Zu ihren ausländischen Korrespondenten hatte auch Goethe gezählt. Die Krakauer Akademie, die heute eine einflußreiche Stellung im geistigen Leben Polens einnimmt, wurde 1876 gegründet. Mit der Literatur beschäftigte sie sich nur von der historischen und sprachwissenschaftlichen Seite her. Der Gedanke, eine Institution zu schaffen, deren Aufgabe es ist, das schriftstellerische und dichterische Schaffen Polens zu fördern und zu heben, tauchte schon bald nach der Wiederaufrichtung Polens auf. Aber politische und wirtschaftliche Sorgen standen zu sehr im Vordergrund, als daß dieser Gedanke bei den verantwortlichen staatlichen Stellen hätte Beachtung finden können. Erst als sich der literarisch interessierte Ministerpräsident Jendrzejewicz des Gedankens annahm, wurde der Plan, für den sich unter den Schriftstellern Polens zuerst Stefan Zeromski und dann Julius Kaden-Bandrowski besonders stark eingesetzt hatten, in die Tat umgesetzt.

Im Vorwort der Gründungsurkunde heißt es u. a.: Die polnische Regierung rufe die Akademie ins Leben, von dem Wunsche beseelt, der polnischen Literatur den ihr gebührenden Platz im Leben der Nation zu sichern und eingedenk ihrer großen Verdienste um die Aufrechterhaltung des nationalen Geistes in der Zeit des Kampfes um die Unabhängigkeit Polens. Zu den vornehmlichsten Aufgaben der Akademie gehört es, die polnische Literatur zu repräsentieren, geeignete Maßnahmen zur Hebung des Niveaus der Literatur und zur Förderung der Schriftsteller zu ergreifen, zum Wohle der polnischen Kultur überall mit der Regierung zusammenzuarbeiten, auf Ersuchen der Behörden ihre Ansicht über Fragen der polnischen Sprache und Literatur zu äußern usf. Nach einer Äußerung Jendrzejewiczs gibt sich die Akademie ihre Aufgaben und Richtlinien selbst. Es ist jedoch offensichtlich, daß sie dazu bestimmt ist, dem Pilsudski-Regime die kulturelle Basis zu schaffen, die diesem bisher gefehlt hat. Die Nationaldemokraten haben von ihrem Standpunkte aus ganz recht, wenn sie die neue Akademie mit äußerst geringer Freude begrüßen. Denn sie stellt ein Glied in der Kette der Maßnahmen dar, durch die Jendrzejewicz den beherrschenden Einfluß der nationaldemokratischen Intelligenz auf das geistige Leben Polen zu brechen bestrebt ist.

Die Akademie hat ihren Sitz im Palais Potocki in Warschau; auf ihrer ersten Sitzung wählte sie den Staatspräsidenten Prof. Ignaz Moscicki und den Marschall Josef Pilsudski zu Schirmherren und ihren Schöpfer, den Ministerpräsidenten Jendrzejewicz, zu ihrem ersten Ehrenmitglied. Sie zählt 15 Mitglieder. Von diesen sind sieben von Jendrzejewicz in seiner Eigenschaft als Kultusminister berufen, die übrigen acht zugewählt worden. Fünf von ihnen sind Romanschriftsteller, drei Dichter, zwei Dramatiker, zwei Literaturkritiker, zwei Literaturhistoriker und einer Publizist. Die Namen der Mitglieder sind: Waclaw Berent, Peter Choynowski, Karl Irzykowski, Julius Kaden-Bandrowski, Julius Kleiner, Boleslaus Lesmian, Sofia Nalkowska, Zenon Przesmycki, K. H. Rostworowski, Vincenz Rzymowski, Waclaw Sieraszewski, Leopold Staff, Jerzy Szaniawski, Tadeus Zielinski und Tadeus Boy-Zelenski; — also großenteils Juden!

Was wird aus dem Danziger Hafen?

Das Jahr 1933 ist für den Danziger Hafen eine schwere Enttäuschung gewesen. Danzig ist hinsichtlich seines Güterumschlages von dem benachbarten Gdingen weiter in den Hintergrund gedrängt worden. Im Vergleich zum Vorjahre ist der Danziger Hafenverkehr im Jahre 1933 um rund 100 000 Tonnen (= 2 v. H.) gesunken; im Gdingener Hafen dagegen ist der Verkehr um nicht weniger als rund 815 000 Tonnen (= 15,9 v. H.) gestiegen. Der Anteil Danzigs am seewärtigen Gesamtgüterverkehr Polens hat i. J. 1932 noch 49,8 v. H., im vergangenen Jahre nur noch 45,7 v. H. betragen. Über den Hafen von Gdingen sind i. J. 1933 fast 1 Mill. (950 000) Tonnen Güter mehr umgeschlagen worden als über den Danziger Hafen. Der Güterumschlag hat in Gdingen 5 950 264 Tonnen, in Danzig nur noch 5 000 561 Tonnen betragen. Danzig ist hinter Gdingen also um fast 20 v. H. zurückgeblieben. Das ist eine Entwicklung, die — wie immer wieder nachdrücklichst betont werden muß — in keiner Weise mit angeblichen wirtschaftlichen Notwendigkeiten erklärt werden kann.

Eine besonders verhängnisvolle Entwicklung hat die Einfuhr über Danzig genommen. Gegenüber 1932 weist sie im Jahre 1933 zwar eine geringe Zunahme auf (von 236 800 auf 266 500 Tonnen). Vergleicht man die letztjährige Einfuhr über Danzig aber mit der Einfuhr, die noch im Jahre 1929 ihren Weg über Danzig nahm, so ergibt sich ein geradezu erschreckender Rückgang: 1929 sind über Danzig noch 1 662 654 Tonnen eingeführt worden; im Jahre 1933 sind also nur noch etwa 16 v. H. der vier Jahre zuvor erzielten Einfuhrmenge über Danzig gegangen. Dieser Rückgang geht keineswegs bloß auf die Minderung der polnischen Gesamteinfuhr zurück. Das erkennt man sofort, wenn man die über Gdingen gegangene Einfuhr der Jahre 1929 und 1933 derjenigen Danzigs entgegenstellt. 1929 sind über Gdingen 272 900 Tonnen eingeführt worden; im letzten Jahre dagegen 833 242 Tonnen. Es ist also festzustellen, daß zwischen den beiden Häfen eine völlige Verschiebung der Umschlagsmengen eingetreten ist: 1929 sind von der seewärtigen Gesamteinfuhr Polens etwa 6/7 über Danzig und nur etwa 1/7 über Gdingen gegangen; 1933 dagegen war Danzig an der polnischen Seeeinfuhr nur noch mit einem knappen Viertel beteiligt! Besonders deutlich wird diese Verschiebung zuungunsten Danzigs, wenn man bestimmte Einfuhrwaren betrachtet; da ist in erster Linie Schrott zu nennen: 1929 gingen über Danzig noch fast 400 000 Tonnen Schrott, im letzten Jahre noch etwas über 7000 Tonnen! über Gdingen dagegen gingen im Jahre 1929 nur etwa 47 000 Tonnen Schrott, im letzten Jahre aber etwa 345 000 Tonnen! Die Vomhundertanteile der beiden Häfen an der Seeeinfuhr Polens während des letzten Jahrfünfts sind in folgender Übersicht zusammengestellt:

Jahr	Danzig	Gdingen	Jahr	Danzig	Gdingen
1929	85,9	14,1	1932	36,0	64,0
1930	64,2	35,8	1933	24,2	75,8
1931	54,7	45,3			

Ein wenig günstiger, oder vielmehr: nicht ganz so verhängnisvoll ist die Entwicklung der Danziger Ausfuhr. Über Danzig sind im Jahre 1932 noch 50,8 v. H. der polnischen Seeausfuhr gegangen; im letzten Jahre nur noch 48,1 v. H. Also auch hier ein Rückgang des Danziger Anteils. Die Ausfuhr über Danzig ist 1933 gegenüber dem Vorjahre um rund 127 000 Tonnen gesunken; über Gdingen ist die Ausfuhr in der gleichen Zeit um rund 404 000 Tonnen gestiegen! Die Ausfuhr hat im Jahre 1933 betragen über Danzig 4 734 000 Tonnen und über Gdingen 5 117 000 Tonnen. Sie ist in Gdingen also um rund 383 000 Tonnen höher als in Danzig. Vor einigen Jahren, 1929, lag Danzig noch weit vor seinem konkurrierenden Nachbarhafen: Von einer Gesamtausfuhr in Höhe von rund 9,2 Mill. Tonnen gingen damals noch rund 6,6 Mill. Tonnen über Danzig und nur rund 2,5 Mill. Tonnen über Gdingen. Der Aufstieg Gdingens hat sich auch hier durchaus auf Kosten des Danziger Hafens vollzogen.

Anfang Oktober trat das Danzig-polnische Hafenabkommen in Kraft. Bisher hat sich noch keine nachhaltig günstige Auswirkung dieses Abkommens auf Danzigs Hafen feststellen lassen. Wenn das Abkommen aber überhaupt einen Sinn haben soll, dann muß mit der fortschreitenden Überflügelung und Schädigung Danzigs durch den polnischen Hafen endlich und dauernd Schluß gemacht werden. Der Monat Dezember hat für Danzig eine Besserung seines Hafenumschlages gebracht: Während der Danziger Anteil am seewärtigen Außenhandel Polens im Monat November nur 45,1 v. H. betragen hatte, ist er im letzten Monat des vergangenen Jahres sprunghaft auf 52 v. H. gestiegen. Gewiß eine erfreuliche Tatsache: aber man darf sie nicht überschätzen. Denn es ist durchaus noch nicht klar, ob es sich hier nicht etwa bloß um einen klugen Schachzug der polnischen Regierung gehandelt hat, der angesichts der bevorstehenden Genfer Ratstagung und der schwebenden weiteren Verhandlungen mit der Freien Stadt daran liegen mußte, ihren Verständigungswillen zu beweisen. Erst die nächsten Monate werden zeigen, ob Polen wirklich bereit ist, die notwendigen Folgerungen aus seinem Hafenabkommen mit Danzig zu ziehen.

Handelspolitische Enttäuschungen für Polen.

Der polnische Außenhandel ist im Jahre 1933 im Vergleich zum Vorjahre um rund 160 Mill. Zloty gesunken (von 1947 auf 1787 Mill. Zloty). Die Einfuhr hat im vergangenen Jahre einen Wert von 827, die Ausfuhr von 960 Mill. Zloty erreicht. Die Handelsbilanz ist also mit rund 133 Mill. Zloty für Polen aktiv. Das Aktivsaldo ist 1933 etwas höher als im Vorjahre gewesen. Wenn man den polnischen Außenhandel lediglich vom devisen- und währungspolitischen Standpunkt aus betrachtet, kann man das Ergebnis des letzten Jahres als „zufriedenstellend“ bezeichnen. Im übrigen aber muß man sagen, daß in diesen Außenhandelszahlen die drückende Wirtschaftsnot eines ganzen Volkes zum Ausdruck kommt. Wenn auf den Kopf der Bevölkerung im Monat wenig mehr als 2 Zloty Einfuhr entfallen, so ist das ein Zeichen dafür, daß für den Konsumenten in Polen alles, was nicht im Lande selbst hergestellt wird, ein unerschwinglicher Luxus ist. Derartig niedrige Außenhandelsziffern pro Kopf, die in Europa wohl nur noch in Sowjetrußland ihresgleichen haben, sind nur möglich in einem Lande, dessen Bewohner von einer nahezu beispiellosen — gewiß nicht freiwilligen — Genügsamkeit sind.

*

Man erinnert sich noch, mit welchem Enthusiasmus in Polen seinerzeit die Annäherung an Rußland nicht bloß aus politischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen begrüßt worden ist. In Polen war man überzeugt, sich durch den Nichtangriffspakt den Handelsweg in den russischen Raum erschlossen zu haben und dort einen sicheren Ersatz für die allenthalben gefährdeten westlichen und überseeischen Absatzmärkte finden zu können. Die Wirklichkeit aber sieht anders aus. Die polnischen Wirtschaftskreise sind vom Rußlandgeschäft gründlich enttäuscht. Außer gelegentlichen Bestellungen auf polnische Hüttenerzeugnisse und kleineren Abschlüssen in anderen Waren sind keine russischen Aufträge hereinzubekommen, obwohl sich die am Export nach Rußland interessierten polnischen Firmen stark um den russischen Käufer bemühen. Über die Gründe dieses Versagens scheint man sich in Polen selber nicht einig zu sein. Mitwirken mag hier die in Polen herrschende Unkenntnis des russischen Marktes. Mitwirken mögen weiter die Hemmungen, die Polen gegenüber der Technik des sowjetistischen Außenhandels empfindet. Mitwirken mag schließlich auch der Umstand, daß Moskau, das seine Aufträge nach durchaus politischen Gesichtspunkten vergibt, an Polen ein geringeres Interesse als an anderen Mächten, namentlich an den Vereinigten Staaten, besitzt. Tatsache ist jedenfalls, daß es Polen bisher nicht einmal gelungen ist, soviel russische Aufträge für seine verarbeitende Industrie hereinzubekommen, wie ihm an sich nach den alljährlich von der russisch-polnischen Handelsgesellschaft „Sowpoltorg“ festgesetzten Kontingentziffern zustehen sollen. Tatsache ist auch, daß die polnischen Firmen von ihren sowjetrussischen „Geschäftsfreunden“ im allgemeinen nicht eben korrekt behandelt worden sind. Es soll nicht selten vorgekommen sein, daß sie, nachdem ihnen zunächst Hoffnung auf die Erteilung von Aufträgen gemacht worden sind, nach einiger Zeit erfahren mußten, daß diese Aufträge längst an amerikanische oder andere Firmen verteilt worden sind. In den letzten Monaten sind wiederholt polnische Wirtschaftsvertreter in Sowjetrußland gewesen, um sich über die dortigen Wirtschaftsverhältnisse und Absatzmöglichkeiten zu orientieren. Sie scheinen mit großen Hoffnungen hingefahren, aber ziemlich ernüchtert wieder zurückgekommen zu sein. So wurde eine Delegation polnischer Handwerker in Moskau vor einiger Zeit festlich und zuvorkommend empfangen; der Gesamteindruck, den sie aus der Sowjetmetropole mitgebracht hat, war dann aber der, daß für polnische Handwerkserzeugnisse in Rußland keine irgendwie nennenswerten Absatzaussichten bestehen. Die Enttäuschung und Verärgerung der polnischen Wirtschaftskreise darüber, daß das Geschäft mit Rußland trotz der „herzlichen“ politischen Freundschaft zwischen Warschau und Moskau nicht in Fluß kommen will, klingt in einem Artikel durch, in dem sich der „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ mit der geplanten Rußlandreise einer Gruppe von Beamten der Wirtschaftsressorts der Warschauer Ministerien befaßt hat; das Blatt schreibt u. a.: „Sie werden hinkommen und den überall bankerottierenden Marxismus im Russenkittel zu sehen bekommen. Sie werden hinkommen und werden künstlich am Leben gehaltene Gebilde erblicken. Niemand wird ihnen die Not und Armut der russischen Massen zeigen; man wird sie vielmehr in riesigen Fabrikhallen herumführen, in Hallen voller Motoren, die für teures Geld aus dem Ausland bezogen werden, während gleichzeitig Millionen Menschen zu Hunger und Kälte, Not und Mißhandlungen verurteilt sind. Wir fürchten die bolschewistische Agitation nicht; aber wir unterschätzen nicht die Gefahr einer Vernebelung der Begriffe bei vielen Beamten der Wirtschaftsressorts, denn wir kennen die doktrinäre Einstellung vieler Geister in Polen und die schnelle Begeisterung für die verschiedensten Neuigkeiten, wenn diese nur aus dem Osten kommen.“

*

Ähnlich wie hier ergeht es Polen auch auf den südöstlichen Märkten, an die es engeren Anschluß gesucht hatte, um für den Rückgang seines seewärtigen Handelsverkehrs einen Ausgleich zu finden. Auch diese Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung, soweit die Staaten der Kleinen Entente in Frage kommen. In den ersten neun Monaten des Jahres 1932 hat die polnische Einfuhr aus diesen Staaten (Rumänien, Südslawien und Tschechoslowakei) 48,1 Mill. Zloty, die polnische Ausfuhr dorthin 100,5 Mill. Zloty betragen. Im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1933 ist die Einfuhr um 25 v. H. auf 36 Mill. Zloty, und die Ausfuhr um 55 v. H. auf 47,1 Mill. Zloty gesunken. Der Handel mit den Südoststaaten ist für Polen wegen des verhältnismäßig hohen Aktivsaldos besonders wichtig gewesen. Der Ausfuhrüberschuß im Handelsverkehr mit den Staaten der Kleinen Entente hat in den ersten neun Monaten des Jahres 1932 mehr als 30 v. H. des gesamten polnischen Ausfuhrüberschusses betragen. Er hat sich nicht aufrechterhalten lassen; er ist in den erwähnten Zeiträumen von 52,4 auf 11,1 Mill. Zloty, d. h. um fast 80 v. H., gesunken und macht jetzt nur noch etwa $^{1}/_{10}$ des Gesamtausfuhrüberschusses aus. Es besteht auch wenig Hoffnung, diesen Ausfuhrüberschuß im Handelsverkehr mit den drei erwähnten Staaten — und dasselbe gilt auch im Verhältnis Polens zu Österreich und Ungarn — wieder zu steigern. Denn die polnischen Handelsbeziehungen zu den südosteuropäischen Ländern werden mehr und mehr auf der Grundlage völliger Gegenseitigkeit aufgebaut. Der Kompensationsverkehr aber bietet wenig Aussicht auf Erzielung nennenswerter Aktivsalden für Polen. Die Bemühungen, wieder engeren wirtschaftlichen Anschluß an die zwischen- und osteuropäischen Länder zu finden, sind also bisher ziemlich erfolglos verlaufen. Warschau ist durch diese Entwicklung in eine unangenehme handelspolitische Lage geraten.

*

Polen macht verzweifelte Anstrengungen, seine Ausfuhr auf der bisherigen Höhe zu halten. Es scheut in der Unterbietung der fremden Konkurrenz keine Opfer. Und es erzielt mit seiner Schleuderausfuhr Erfolge, die mitunter geradezu grotesk anmuten. Einer Meldung der „DAZ“ zufolge, ist jetzt zum erstenmal polnische Kohle auf dem Londoner Markte erschienen (!) und dort zu einem Preise angeboten worden, der erheblich unter dem englischen Kohlenpreis liegt. Bereits im November traf die erste Schiffsladung polnischer Kohle in Gibraltar ein, und mit Italien hat Polen ein Abkommen getroffen, wonach es die beiden Überseedampfer, die es bei einer Triester Werft in Auftrag gegeben hat, mit Kohle bezahlt. Dieses Eindringen polnischer Kohle in die ureigensten Absatzgebiete des englischen Kohlenbergbaus hat in England eine verständliche Entrüstung hervorgerufen. Es wurde im „Falle Gibraltar“ darauf hingewiesen, daß die großen Kohlenhandelslager in Gibraltar, von denen aus der Schiffsverkehr des Mittelmeeres und der Bedarf auch anderer Mittelmeerhäfen gedeckt wird, mit ihren kostspieligen neuzeitlichen Verladeeinrichtungen mit Unterstützung der Waleser Kohlenindustrie angelegt worden sind, daß also in diesen Anlagen mittelbar das Geld des englischen Steuerzahlers stecke. Es sei unerhört, daß die englischen Firmen, denen diese Anlagen gehören, jetzt ihre Hand dazu bieten, um die englische Kohle durch die polnische verdrängen zu lassen. Eine Abordnung der Waleser Kohlenindustrie begab sich zu dem englischen Bergbauminister Brown. Auch das Kolonialamt, das Handelsministerium und die Abgeordneten des Waleser Bezirks wurden mobil gemacht. Man verlangte ein Einfuhrverbot gegen ausländische Kohlen, das sich auf alle überseeischen Besitzungen des britischen Reiches erstrecken solle. Was Polen anlangt, so kann man wohl sagen, daß diese Art, den Export um jeden Preis zu erzwingen, weil um der Währung willen unbedingt Devisen hereingebracht werden müssen, nicht dazu beiträgt, Polen im Auslande beliebt zu machen. Was aber England anlangt, so ist es wohl angebracht, daran zu erinnern, daß es selbst an dieser Entwicklung der Dinge sein gerüttelt Maß Schuld hat; denn seine eigenen Staatsmänner haben seinerzeit auch in Versailles und in Genf gesessen, als die Grenzziehung im Osten erfolgte, über deren widrige wirtschaftliche Folgen sie sich heute beklagen.

*

Polnische Exportgesellschaft in Danzig.

In Danzig wurde eine „Polnische Exportgesellschaft“ mit einem Anlagekapital von ½ Mill. Gulden Kapital gegründet. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist der polnische Volkstagsabgeordnete und Vorsitzende des „Verbandes zur Förderung der Danzig-polnischen Wirtschaftsbeziehungen“, Dr. Moczynski. Sein Stellvertreter ist Handelskammersyndikus Dr. Chrzan. In der polnischen Presse begrüßt man diese Gründung als einen Schritt vorwärts im Ausgleich Danzig-polnischer wirtschaftlicher Gegensätze durch private Initiative. Die Gründung der polnischen Gesellschaft ist ein neuer Beweis für das freimütige Entgegenkommen, das Danzig Polen gegenüber zeigt.

Der Ausbau des polnischen Verkehrsnetzes.

Das polnische Verkehrsministerium hat ein auf weite Sicht berechnetes Programm für den Ausbau der Verkehrswege aufgestellt, zu dessen Ausführung teilweise der aus besonderen Abgaben finanzierte Arbeitsfonds in Anspruch genommen werden soll. Auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens sind immer noch große Aufwendungen für den Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Anlagen zu machen. Man hat berechnet, daß von den Brücken und Übergängen noch 22 v. H. der zerstörten Objekte nicht wiederhergestellt sind, von den Bahnhöfen 13 v. H., den Wohngebäuden 25 v. H.; die Gesamtkosten für diese noch zu leistenden Wiederaufbauarbeiten werden auf 130 Millionen Zloty berechnet.

Weiter bleibt noch viel zu tun für den Um- und Ausbau des vorhandenen Eisenbahnnetzes, das den gegenüber der Vorkriegszeit veränderten Verkehrsverhältnissen und Verkehrsrichtungen angepaßt werden muß. Es handelt sich dabei um den Ausbau von Eisenbahnknotenpunkten, Umbau von Brücken, Verbesserung der Sicherungseinrichtungen, Bau von Verwaltungs- und Wohngebäuden usw., alles zusammen mit einem Kostenbetrage von rund 204 Millionen Zloty angesetzt. Auch der Bau neuer Linien ist mit den bisher geschaffenen 15 neuen Eisenbahnlinien in einer Gesamtlänge von 1100 Km. noch nicht abgeschlossen. Zur Zeit sind im Bau die Linien Warschau—Radom, Krakau—Miechow und Sierpc—Plock, für deren Beendigung noch 37 Millionen Zloty erforderlich sind. Außerdem sind vier weitere Linien (Drohiczin—Wolkowysk, Wojnica—Luck, Rozwadow—Szczebrzeszyn und Ostrolenke—Konopki) in einer Gesamtlänge von 345 Km. und mit einem Kostenaufwand von 104 Millionen Zloty geplant.

Das Programm hinsichtlich des Ausbaues der Landstraßen gliedert sich in drei Teile. Zunächst sind 3200 Km. Hauptdurchgangsstraßen mit festen Pflasterungen von verschiedener Art zu versehen. Dafür werden 20 Jahre lang jährlich 23,36 Millionen Zloty gebraucht. Für die Unterhaltung der weiteren 13 600 Km. staatlicher befestigter Wege werden jährlich 60,5 Millionen Zloty gebraucht. Schließlich sollen noch 3800 Km. hauptsächlich für Fuhrwerksverkehr bestimmter Wege befestigt werden, was, auf 30 Jahre verteilt, 9,81 Millionen Zloty im Jahre ausmacht. Für den Ausbau von Brücken sind, ebenfalls bei Verteilung der nötigen Arbeiten auf 30 Jahre, 23,6 Millionen Zloty jährlich als notwendig angesetzt. Das Wegebauprogramm würde also bei voller Ausführung jährlich 117 Millionen Zloty erfordern, während der staatliche Wegebaufonds im nächsten Etatsjahre dafür nur 15 Millionen Zloty zur Verfügung hat.

Die allergrößten Aufgaben sind auf dem Gebiete des Wasserstraßenbaues zu leisten. Hier steht an erster Stelle die Regulierung der mittleren Weichsel, die 20 Jahre lang je 20 Millionen Zloty kosten soll. Talsperrenbauten sind geplant an der Sola bei Porombka (in der Nähe von Bielitz) mit einem Fassungsraum von 30 Millionen Kubikmeter und einem Kostenbetrage von 9 Millionen, bei Blendow an der Przemsa (Fassungsraum 20 Millionen Kubikmeter) und zwei Talsperren mit je 6 Millionen Kubikmeter Fassungsraum an der Schwarzen Przemsa, ferner verschiedene Bauten von Flußhäfen, so der Industriehafen für Ostoberschlesien und das Dombrowaer Gebiet an der Przemsa bei Myslowitz—Modrzejow, dessen Bau im vergangenen Jahre bereits begonnen worden ist, und mehrere Häfen an der Weichsel, so in Plaszow bei Krakau, in Zeran bei Warschau und ein Hafen in der Nähe von Plotzk.

Aus dem Arbeitsfonds können für diese öffentlichen Arbeiten für das kommende Jahr insgesamt nur 35 Millionen Zloty zur Verfügung gestellt werden. Es wird demnach, selbst wenn es gelingt, noch andere erhebliche Mittel flüssig zu machen, nur ein Teil des aufgestellten Programms ausgeführt werden können.

Ostland-Woche.

Angst.

Kuriose Leute gibt es. Da melden die „Jaunakas Sinas", in Friedrichshof bei Mitau seien zwei deutsche Schüler, 15 und 16 Jahre alt, verhaftet worden, weil sie Pläne von Friedrichshof und Umgebung gezeichnet haben sollen. „Es ist möglich", philosophiert das lettische Blättchen, „daß den Schülern die Weisung gegeben worden ist, sich mit den strategischen Punkten Lettlands vertraut zu machen, um die gemachten Beobachtungen im Ernstfalle nutzbar machen zu können. Diese Annahme wird durch den Umstand verstärkt, daß zu gleicher Zeit Schüler in Gruppen von zwei bis vier Mann die Umgebung Mitaus an verschiedenen Stellen durchwandert haben. Es ist möglich, daß derartige ‚Exkursionen' der deutschen Jugend nicht nur in der Umgegend von Wenden und Mitau, sondern auch an anderen Stellen erfolgen."

In Krakau wurden Vorträge über den „Hitlerismus" gehalten. Ein Redakteur namens Srokowski sprach über die „deutschen Eroberungsgelüste", über die „Kriegsvorbereitungen" der Reichswehr, die „Aufrüstung" der SA und vor allem über den Arbeitsdienst: „Die Pläne für die Tätigkeit dieser Armee der Arbeit sind charakteristisch: Es ist vorgesehen, diese Armee in erster Linie für Landarbeiten zu benutzen, wobei die Schaffung von unterirdischen Städten geplant ist, wo die chemischen Fabriken untergebracht werden können; außerdem ist im Harz der Bau einer unterirdischen Hauptstadt vorgesehen, um dort nötigenfalls die Behörden unterzubringen. Die Auswahl des Sitzes dieser Behörden ist für das deutsche Volk symbolisch, da bekanntlich in den Bergen des Harzes der Legende nach Friedrich Barbarossa ruhen soll, um nach seiner Wiedererweckung das deutsche Volk zum Siege zu führen." — Hält Srokowski Deutschland für so sehr bedroht, daß er meint, wir müßten uns in den Harz einbuddeln.

Das Stück Osten im Deutschen.

Die schweizerische Journalistin Gundalena Wille berichtete in der „Neuen Zürcher Zeitung" über ihre Eindrücke von einer „Fahrt nach Ostelbien", die sie im Sommer 1933 unternommen hatte. Wir finden in ihrer anschaulichen Schilderung einige Sätze, die hier wiedergegeben werden sollen:

„Deutschlands geschichtliche Mission für Europa ist seit dem frühen Mittelalter der Kampf gegen den vordringenden Osten gewesen. Und es ist, als ob in diesem Kampfe am Sieger etwas von dem Besiegten haften geblieben wäre, sei es durch die Mischung des Blutes, sei es durch Anpassung oder den Einfluß der Landschaft. Vielleicht liegt in diesem Stück Osten, das von Zeit zu Zeit beim Deutschen zum Durchbruch kommt — vielleicht liegt darin einer der Gründe, warum dem bürgerlichen Westeuropa der Deutsche immer wieder unfaßlich und deshalb beunruhigend erscheint.

Die scharfe und klare Silhouette der Marienburg am Ufer der Nogat mahnt uns an den siegreichen Kampf europäischer christlicher Kultur und Zivilisation gegen das heidnische Slawentum, jenen Kampf, dessen Krönung die Staatsschöpfung des deutschen Ritterordens in Preußen gewesen ist. . . ."

Wer zahlt, muß noch mehr zahlen.

Im „Ilustrowany Kurjer Codzienny" wird eine nette Geschichte erzählt. In einer kleinen Stadt Westpolens zeichnete sich ein Arzt durch regelmäßige und pünktliche Zahlung seiner Steuern aus. Der Arzt schränkte seine persönlichen Ausgaben ein, nahm sogar Kredit auf, damit der Staat sein Geld stets pünktlich von ihm erhielt. Als er jetzt von dem Finanzamt auf einen höheren Betrag eingeschätzt wurde als im Vorjahre, legte er Berufung ein, und wies nach, daß seine Einnahmen sogar bedeutend zurückgegangen waren. Seine Berufung blieb unberücksichtigt. Die Begründung, die die polnische Behörde dafür gab, lautete wörtlich: „Offenbar haben Sie gute und große Einkünfte; denn Sie haben stets ohne Verspätung rechtzeitig sämtliche Steuerbeträge entrichtet. Sie können daher auch noch mehr zahlen." Das hat nun der vorbildliche polnische Staatsbürger davon, daß er seine Pflichten so ernst nahm. Wer zahlt, erhält die Aufforderung, noch mehr zu zahlen.

Der Kirchengesetzentwurf.

Die kürzlich durch die Presse gegangene Nachricht, daß die polnische Regierung beabsichtige, den Gesetzentwurf über die Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Evangelisch-Augsburgischen Kirche zurückzuziehen, scheint den Tatsachen nicht zu entsprechen. Der Widerstand gegen den Gesetzentwurf, der eine völlige Entrechtung der Kirche gegenüber dem Staate vorsieht, ist allerdings stark und allgemein — namentlich in den Reihen der deutschen Protestanten. Doch läßt die polnische evangelische Korrespondenz Tempol, das Organ des Warschauer Generalsuperintendenten Bursche, keinerlei Verständnis für die Bedenken und Wünsche der deutschen evangelischen Gemeinden, denen sich übrigens auch als Gegner des Gesetzentwurfs die polnischen evangelischen Gemeinden angeschlossen haben, erkennen. Der Widerstand richtet sich insbesondere gegen den § 18 des Gesetzentwurfes; dieser lautet: „Sollten die Staatsbehörden die Tätigkeit eines Geistlichen oder eines Mitgliedes irgendeines leitenden Organs der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in der Republik Polen als für den Staat schädlich erachten, dann macht der Kultus- und Unterrichtsminister über solche Vorwürfe dem Vorsitzenden des Konsistoriums Mitteilung zu dem Zweck, damit das Konsistorium entsprechende Anordnungen erlasse. Wenn es im Laufe von 21 Tagen zu keinem Einvernehmen zwischen dem Kultus- und Unterrichtsministerium und dem Präsidenten des Konsistoriums kommt, beruft das Konsistorium die betreffende Person im Laufe von sieben Tagen von ihrem Amt ab. Nach Ablauf dieser Frist kann der Kultus- und Unterrichtsminister das von dieser Person innegehabte Amt für vakant erklären." Das Inkrafttreten einer solchen Bestimmung würde praktisch das Ende der Selbstverwaltung der Evangelisch-Augsburgischen Kirche bedeuten. Die polnische Regierung läßt hier noch jedes Verständnis für die Bedürfnisse der deutschen Volksgruppen vermissen. Sie läßt sich in ihrem Vorgehen offenbar allzu sehr von so verbogenen Renegatencharakteren wie dem deutschstämmigen Deutschenhasser Bursche bestimmen.

Deutsche vor polnischen Gerichten.

Vor der erweiterten Strafkammer des Bezirksgerichts Kattowitz hatten sich acht Deutsche aus Antonienhütte zu verantworten. Die Anklage warf ihnen „wissentliche Verbreitung unwahrer Behauptungen zum Zwecke der Verunglimpfung des polnischen Staates im Auslande" vor. Die Deutschen hatten im vergangenen Jahr an die Regierung in Oppeln eine Eingabe gerichtet mit der Bitte um Erteilung der deutschen Staatsbürgerschaft mit der Begründung, daß sie wegen ihrer deutschen Gesinnung in Polen Widerwärtigkeiten zu ertragen hätten und Verfolgungen ausgesetzt seien. Der Kattowitzer Staatsanwalt erhielt von dieser Angelegenheit Kenntnis und strengte gegen die Deutschen ein Strafverfahren an. Vor Gericht bekannten sich die Angeklagten dazu, die Eingabe gemacht zu haben, erbrachten jedoch den Beweis, daß sie wegen ihrer deutschen Gesinnung tatsächlich des öfteren Anfeindungen und Verfolgungen polnischerseits zu erleiden hätten. Der Staatsanwalt hielt seine Anklage aufrecht und beantragte strenge Bestrafung. Das Gericht verurteilte den Hauptangeklagten Nawrath, der die Eingabe angefertigt haben soll, zu einem Jahr Gefängnis. Die anderen sieben Angeklagten erhielten je acht Monate Gefängnis. Die Verurteilten haben gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Aus dem polnischen Gefängnis entlassen.

Am 8. Oktober 1933 wurde Rektor Giercke-Kottbus von einem polnischen Grenzbeamten bei einem Spaziergang an der Grenze unberechtigterweise festgenommen. Rektor Giercke war nach seiner Festnahme vom polnischen Gericht in Bentschen wegen „unerlaubten Grenzübertritts" zu zwei Wochen Haft verurteilt worden. Nach Verbüßung dieser Strafe wurde er, da er einen Photographenapparat bei sich geführt hatte, wegen Spionageverdachts erneut festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis in Posen eingeliefert. Trotz wochenlanger Untersuchung konnte das Posener Bezirksgericht die Anklage wegen Spionage nicht aufrechterhalten. Es verurteilte Rektor Giercke daher wegen „Photographierens verbotener Gegenstände" zu sechs Wochen Arrest. Die Strafe wurde als durch die Untersuchungshaft verbüßt angesehen und Rektor Giercke die Erlaubnis erteilt, polnisches Gebiet wieder zu verlassen. Er traf am 15. Januar von Posen kommend auf dem Grenzbahnhof Neubentschen ein.

Ein Freispruch.

Vor einiger Zeit war die deutsche Lehrerin Heda Fischer aus Gogolinsk (Kreis Bromberg) angezeigt worden, weil sie deutsche Kinder bei gelegentlichen Hausbesuchen im Lesen und Schreiben unterrichtete. Gegen die vom Starosten verhängte Geldstrafe hatte Heda Fischer gerichtliche Entscheidung beantragt. Das Bromberger Bezirksgericht stellte fest, daß Heda Fischer ihre Unterrichtstätigkeit nicht regelmäßig ausübe, daß sie nie mehr als 1—2 Kindern an einem Ort bei der Erlernung ihrer Muttersprache behilflich war und daß sie für ihre Tätigkeit kein Gehalt beziehe. Daraufhin stellte der Staatsanwalt keinen Strafantrag, und Heda Fischer wurde freigesprochen. Mit den Kosten wurde die Staatskasse belastet. Anläßlich dieses Freispruchs drückt die deutsche Presse in Polen die Hoffnung aus, daß er bedeute, daß unter dem Zeichen des ehrlichen Verständigungswillens des polnischen und deutschen Volkes auch die unteren behördlichen Organe bald den neuen Geist des Friedens verstehen mögen und sich von Anzeigen gegen Menschen, die treu ihre staatsbürgerliche Pflicht erfüllen, zurückhalten.

Wieder vier Volksbundheime geschlossen.

In vier Ortschaften des Kreises Pleß, und zwar in Anhalt, Gollawiecz, Gurkal und Großhelm, wurden die Heime des Deutschen Volksbundes polizeilich geschlossen. Es ist dies ein besonders schwerer Schlag für das Deutschtum, da jetzt in der ganzen Gegend sämtliche Volksbundheime geschlossen sind. Die Schließungen erfolgten wieder „aus baupolizeilichen Gründen" und „zwecks Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit". Die Zahl der geschlossenen Volksbundheime in Ostoberschlesien erhöht sich damit auf 23.

Wieder eine Friedhofsschändung.

Der evangelische Friedhof der kleinen Gemeinde Aschenforth im Kreise Kolmar wurde von bisher unbekannten Tätern geschändet. Die Grabdenkmäler wurden zur Hälfte zerstört oder umgeworfen. Die größeren und festeren hielten der Zerstörung stand.

Die Verjudung des Krakauer Ärztestandes.

Hierüber veröffentlichte die „Gazeta Warszawska" am 9. Januar einen längeren Artikel. Danach sind von 604 Ärzten in Krakau 242 Juden, also 40 v. H. Unter den 604 Ärzten befinden sich 98 Professoren, Dozenten und Assistenten der medizinischen Fakultät der Universität Krakau. Diese 98 Personen, unter denen sich nur 4 Juden befinden, praktizieren größtenteils nicht. Als praktische Ärzte hat man 268 Katholiken und 238 mosaische Juden zu betrachten; also bilden die Juden in Krakau 47 v. H. der Ärzteschaft. Von den 362 katholischen Ärzten dürften etwa 10 v. H. getaufte Juden sein, mithin sind 50 v. H. der Krakauer Ärzte Nichtarier. Oberbürgermeister von Krakau ist ein Arzt, Dr. Mieczyslaw Kaplicki. Dieser Mann ist erst seit 1916 Katholik und hieß vorher Moses Kapellner. In der Ärztekammer ist ein Jude Schriftführer und ebenfalls ein Jude Schatzmeister. Die „Gazeta Warszawska" verlangt in ihrem Artikel den Numerus clausus für die Juden in den medizinischen Fakultäten der polnischen Universitäten.

Polnische Wanderausstellung.

In Polen wird gegenwärtig eine Wanderausstellung polnischer Industriewaren und Gewerbeerzeugnisse für den Orient vorbereitet, deren Leitung in den Händen des staatlichen Ausfuhrinstituts liegen soll. Angesichts der den Teilnehmern erwachsenden Kosten kämpft die Werbung in Polen selbst noch mit Schwierigkeiten. Die auszustellenden Waren sollen Ende Januar 1934 zur Verfügung gestellt sein, um mit dem Schiff „Polonia" nach Ägypten und Palästina verfrachtet zu werden.

5170 Hörer an der Deutschen Universität in Prag.

Die Einschreibungen für das Wintersemester 1933/34 an der Prager Deutschen Universität haben einen Rückgang um 116 Hörer ergeben, vor allem aus dem Auslande. Die medizinische Fakultät weist 2053 (im Vorjahre 2105) Hörer aus, die juristische 1600 (1675), die philosophische 738 (715), die naturwissenschaftliche 665 (713), die teologische 114 (78). Die Gesamtzahl der Hörer beträgt demnach 5170 gegenüber 5286 im vergangenen Jahre.

Die polnischen Staatsbeamten.

Die Zahl der Staatsbeamten und Angestellten, die Offiziere und Unteroffiziere mitgerechnet, beträgt im Staatshaushalt für 1933/34 438 000. Auf 71 Bewohner Polens entfällt je ein Beamter. Das Innenministerium zählt 41 000 Beamte, davon sind 30 000 Polizeibeamte, dem Unterrichtsministerium gehören 84 000 Beamte an, dem Finanz- und Justizministerium je 20 000, dem Kriegsministerium 67 000. Die Zahl der Eisenbahner beträgt 153 000. Außerdem gibt es in Polen noch 75 000 Ruhegehaltsempfänger.

Elektrischer Strom über die Grenze.

Das tschechische Grenzstädtchen Weidenau bezieht seit vielen Jahren den elektrischen Strom vom Überlandwerk Oberschlesien in Neiße. Jahrelang nahmen die tschechischen Behörden an dieser Tatsache keinen Anstoß. Erst im Jahre 1932 erhielt der Stadtrat den Auftrag, die Strombezieher der Stadt an ein tschechisches Elektrizitätswerk anzuschließen. Die Verhandlungen mit dem tschechischen Kraftwerk Nowa scheiterten jedoch, weil die Forderungen um rund 100 v. H. höher als die des Überlandwerkes Oberschlesien waren. Um nicht ohne Strom zu sein, waren die Einwohner von Weidenau gezwungen, den deutschen Strom weiter zu beziehen. Die tschechischen Behörden aber benutzten die unklare Lage, um die deutschen Bewohner von Weidenau zu schikanieren. Bereits in den letzten Monaten des vergangenen Jahres wurden etwa 60 Personen wegen des Strombezuges aus Deutschland polizeilich bestraft. Zahlreiche weitere Anzeigen liegen bei der Polizeibehörde vor, so daß mit weiteren Verurteilungen von Stromabnehmern zu rechnen ist.

Notruf des oberschlesischen Winterhilfswerks.

Die Kreiswaltungen des Winterhilfswerks von Beuthen-Stadt, Beuthen-Land, Hindenburg, Gleiwitz-Stadt und Gleiwitz-Land haben aus dem bisherigen Verlauf der Winterhilfsarbeit die Überzeugung gewonnen, daß ohne Reichshilfe das Winterhilfswerk im oberschlesischen Industriebezirk nicht so durchgeführt werden kann, wie es notwendig ist. Über den wirklichen Umfang der Not hat das jeden Volksgenossen erfassende Winterhilfswerk zum erstenmal volle Klarheit geschaffen. Über das Elend, das das marxistische System im oberschlesischen Industriegebiet geschaffen und hinterlassen hat, hat man sich bisher kaum eine richtige Vorstellung gemacht. Die Hälfte der Bevölkerung des Industriebezirkes leidet Not. Wenn man die Zahl der Hilfsbedürftigen errechnen will, muß man natürlich nicht allein die Arbeitslosen und Wohlfahrtserwerbslosen mit ihren Familienangehörigen, sondern auch die Kurzarbeiter, die kinderreichen Vollarbeiter mit schlechtem Verdienst und die verschämten Armen berücksichtigen. In Beuthen-Stadt errechnete man auf diese Weise 47 000, in Beuthen-Land 80 000, in Hindenburg 70 000, in Gleiwitz-Stadt 37 000 und in Gleiwitz-Land 30 000, insgesamt also 264 000 Hilfsbedürftige. Das Winterhilfswerk hat in erster Linie nur die kinderreichen Familien betreuen können. Tausenden von Familien mit ein oder zwei Kindern hatte bisher aus Mangel an Mitteln keine zusätzliche Betreuung zuteil werden können. Die Leistungen des Industriebezirks für das Winterhilfswerk sind weit hinter den Erwartungen geblieben. Das ist aber nicht etwa auf unsoziales Denken und Tun der bessergestellten Kreise, sondern hauptsächlich auf die überaus traurige Tatsache zurückzuführen, daß der Industriebezirk eine zahlenmäßig sehr geringe leistungsfähige Ober- und Mittelschicht besitzt. Aus eigener Kraft ist der Industriebezirk nicht imstande, die allgemeine Not abzustellen. Es wurden daher Schritte unternommen, um für das oberschlesische Winterhilfswerk Reichsmittel zu erlangen.

Der polnische Aufstand in Posen.

(27. Fortsetzung.)

Von **Hermann Pischke.**

Mit andern [illegible] zur Darstellung der entscheidenden Vorgänge, die zum Übergang der Stadt und Festung Posen in polnische Hände führten. Ich weiß, daß ich mich mit meinen Angaben in Gegensatz zu allem stelle, was von polnischer Seite dazu geschrieben ist. Doch auch zu den bisherigen deutschen Berichten. Sie sind bisher allzumal beeinflußt von der Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros, die von den Polen in aller Eile der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wurde. Diese Meldung hat die Tatsachen bei dem Putsch zu ganz bestimmten Zwecken verfälscht. Meine Darstellung soll zeigen, wie es in Wahrheit gewesen ist. Das legt mir die Pflicht auf, in diesen Kapiteln besonders genau zu sein. Selbst auf die Gefahr hin, durch Kleinigkeiten zu ermüden. Nur durch die genaue Darstellung kann das Unwahre der bisherigen Berichte zurecht gerückt werden.

Der Ort des Putsches.

Die Stadt Posen bestand nach ihrer geschichtlichen Entwicklung und zugleich nach ihrer Höhenlage aus drei Teilen. Der älteste Teil der Stadt, die Altstadt, lag zwischen dem Warthefluß und den hohen Uferbergen des vorgeschichtlichen breiten Warthestromes. Entsprechend dem Plane einer alten deutschen Kolonialstadt lag mitten in der Altstadt der Marktplatz mit dem Rathaus und westlich davon auf einer vorspringenden Höhe der Uferberge die alte Stadtburg Posen, später das Schloß genannt, mit dem Reichsarchiv. Um diese Stadt herum hatte sich sowohl an der Warthe entlang wie auf der hohen Ebene der Uferhöhen die spätere Stadt gebildet, die um das Jahr 1830 zu einer Festung ausgebaut und mit Wall und Mauern umgeben wurde. Der höherliegende Teil der Stadt einschließlich der Wilhelmstraße und der Bäckerstraße bis zu dem Berliner Tor war die Neustadt. Nach 1900 fielen die Wälle, und die Vorstädte wurden zur Stadt herangezogen und eingemeindet. So bestand Posen aus Altstadt, Neustadt und den Vorstädten.

Dieser Einteilung entsprach auch die Verteilung der Nationalitäten. Die Neustadt war ganz überwiegend deutsch, die Altstadt gemischt. Hier hatten die Halbdorfstraße, Jesuitenstraße, Wiesenstraße und andere einen mehr oder weniger starken polnischen Einschlag. Die Dominsel, Wallischei und die Schrodka, alle drei östlich der Warthe gelegen, waren überwiegend polnisch.

Ging man von dem Alten Markt, also dem Rathaus, durch die Breite Straße nach Osten, so kam man auf die Warthebrücke. In der Nähe der Warthebrücke lag die Ev. Kreuzkirche. Ging man über die Brücke, so führte der Weg durch die Wallischei über die Dominsel und die Schrodka zu dem Warschauer Tor. Nördlich der Breiten Straße lag an der Kreuzung der Großen Gerberstraße und der Teichstraße das Zeughaus und weiter nach Norden der Schlachtviehhof, der Bahnhof Gerberdamm und dahinter auf einer Anhöhe, ganz in Büschen versteckt, das Kernwerk, eine alte aber starke Festungsanlage. Es war vom Rathaus 1 km entfernt, also in 15 Minuten zu erreichen. Südlich vom Markte befand sich in einer Entfernung von gut 100 m in den Räumen des Jesuitenklosters das Oberpräsidium und die Verwaltungsräume der königlichen Regierung. Unmittelbar daneben stand die Pfarrkirche, in der die Feierlichkeiten zur Eröffnung des Teilgebietslandtages stattgefunden hatten.

Vom Rathause führte die Wronkerstraße nach Norden zu dem Wronkerplatz mit der neuen Synagoge, einem stattlichen Tempelbau. Vom Wronkerplatz ging die Adalbertstraße weiter zum Adalbertplatz mit der Adalbertkirche, der Garnisonkirche und der Kaserne der 47er mit dem Stab des III. Bataillons, der 12. Komp. und dem Offizierskasino, jetzt nach der Revolution aber in der Hand der Polen, und weiter durch das Mühlentor auf die Landstraße.

Vom Marktplatz kam man sowohl durch die Breslauer- wie durch die Schulstraße, nach Süden gehend, auf den Petriplatz mit der Petrikirche. Von ihm führte die Halbdorfstraße durch das Wildator in die Vorstadt Wilda, hinter der die Neue Kaserne des 29. Pionierbataillons lag.

Ging man von dem Marktplatz nach Westen die steile Neue Straße herauf, so kam man in die Neustadt und auf den Wilhelmsplatz. Er war für Handel und Verkehr und Verwaltung das Zentrum der Neustadt. Über ihn führte die Berliner Straße zum Viktoriaplatz, von dort aus kam man durch die Paulikirchstraße an dem Ansiedlungsgebäude und dem Neuen Theater vorüber über die Theaterbrücke in die Vorstadt Jersitz mit der Großen Berliner Straße, an der in einer Entfernung von 5 km der Flugplatz Lawica lag. Nördlich von Jersitz lag die Vorstadt Solatsch mit der Kaserne des Fußartillerie-Regiments Nr. 5, südlich von Jersitz die Vorstadt Lazarus, zwischen beiden die Kasernen des Inf.-Reg. Nr. 47, des Gren.-Reg. Nr. 6, der Königsjäger zu Pferde und des Trainbatl. Ging man dagegen in der Neustadt von dem Viktoriaplatz zur linken Hand durch die Viktoriastraße, so kam man in die Martinstraße. Sie führte an der Intendantur vorüber auf den Schloßplatz, an dem zur rechten Hand das Kaiserliche Schloß und zur linken die Postdirektion und das Landschaftsgebäude lagen. Durch das Berliner Tor kam man auf die Bahnhofsbrücke, von der zur linken Hand der Weg auf den Hauptbahnhof führte. Westlich von der Bahnhofsbrücke führte der Weg weiter in die Tiergartenstraße an dem Zoologischen Garten vorüber zu den Kasernen und dem Bekleidungsamt in der Kollendorfstraße, das sich an die Kaserne des 1. Bat. des Inf.-Reg. Nr. 47 anschloß.

Von dem Wronkerplatz in der Altstadt führte nach dem Westen die Seecktstraße und weiter die Magazinstraße am Goethepark vorbei in die Vorstadt Jersitz. An dieser Straße lag das Generalkommando, dessen Front die Wilhelmstraße hinaufsah, das Fortifikationsgebäude, das Proviantamt und die Kasernen des Feldart.-Reg. Nr. 20, also eine stattliche Straße ganz mit Militärgebäuden besetzt. Ebenso führte vom Petriplatz die St. Martinstraße an dem Schloß vorüber nach Jersitz. Südlich der Martinstraße lag zwischen Luisenstraße, Ritterstraße und Niederwallstraße in einem Dreieck das gewaltige Art.-Depot und an der Ecke Luisen- und Niederwallstraße die Eisenbahndirektion. Zwischen der Martinstraße und der Magazinstraße führte von Norden nach Süden in fast gerader Linie die prächtige, rund 50 m breite Wilhelmstraße. An der Wilhelmstraße lagen rechts und links vom Eingang der Neuen Straße das Kaiser-Friedrich-Museum und der Bazar, das polnische Gesellschafts- und Genossenschaftshaus. Neben dem Bazar, durch einige Häuser getrennt, die Reichsbank, gegenüber Hotel de Rome. Am nördlichen Ende der Wilhelmstraße lag die Kommandantur, vor der in den Anlagen das Denkmal Kaiser Wilhelms I. stand. Der Wilhelmplatz war ein langgezogenes Rechteck von 300 m Länge und 100 m Breite. Er wurde beherrscht durch das alte Stadttheater, das nach der Errichtung des neuen Theaters in das Hohenzollernkaffee umgewandelt worden war. Hinter dem alten Stadttheater, also dem Hohenzollernkaffee, lang an der Westfront des Platzes das Polizeipräsidium, an der Ostfront das Kaiser-Friedrich-Museum, an der Nordfront, Ecke Wilhelmstraße die Radczynski-Bibliothek, Ecke Lindenstraße die Kommandantur und ihr gegenüber an derselben Straße das alte Landschaftsgebäude.

Die Kämpfe bei der Besitznahme der Stadt Posen spielten sich hauptsächlich in der Neustadt am Wilhelmplatz ab. Hier stand an der Ecke der Neuen Straße der Bazar, der als Kommandostelle für den Aufstand zu werten ist, in einer geradezu glänzenden Lage. Von ihm aus konnten sowohl der Wilhelmplatz und die Wilhelmstraße, wie auch die Neue Straße beherrscht werden. Außer den Ausgängen nach der Wilhelmstraße und Neuen Straße hatte er auch noch einen Ausgang in die Ziegenstraße, von der aus man in unauffälliger Weise auf den bequemsten Wegen in alle Teile der Altstadt gelangen konnte. Es ist, als ob bei der Errichtung des Gebäudes dieser Zweck bereits vorgedacht war. Wilhelmplatz, Synagoge, Kreuzkirche, Petrikirche, die Regierung, die Berliner Straße, das Polizeipräsidium, das Kaiserliche Schloß sind die Orte, die bei dem Aufstande besonders in Betracht kommen.

Bei dem Aufstande ist viel geschossen, aber nur an sehr wenig Orten gekämpft worden. In der ganzen Stadt wurde nur auf einer Stelle, nämlich vor dem Polizeipräsidium wirklich gekämpft. Auf allen anderen Stellen war es ein Schießen der polnischen militärischen Verbände ohne Ursache und ohne Gegenwehr. Auch auf den Vorstädten ist es zu Schießereien gekommen. In Jersitz wurde die Kaserne des 6. Gren.-Reg. von Polen umstellt, die namentlich nachts viel schossen. Auch in Wilda wurde die Matthäikirche beschossen. Alle Forts, einschließlich des Kernwerks, fielen ohne Kampf in die Hände der Polen. Ebenso die Kaserne des Fußart.-Reg. Nr. 5 in Solatsch und die Kasernen der 47er. Eine besondere Rolle hat die Kaserne des 29. Pionier-Batl. hinter der Vorstadt Wilda gespielt, wo zwar nicht gekämpft wurde, die Polen aber nur durch starkes Störungs- und Abwehrfeuer ferngehalten wurden. Der schwerste Kampf fand um den völlig ungeschützten Flugplatz Lawica statt.

Von der Stärke der Posener Garnison zur Zeit des Putsches.

Rzepecki führt an, daß z. Z. des Aufstandes noch 15000 deutsche Soldaten in der Festung Posen waren. Das trifft keineswegs zu. In Posen lag vor dem Kriege das Gren.-Reg. Nr. 6, zwei Bataillone des Inf.-Reg. Nr. 47 und ein Bataillon des Inf.-Reg. Nr. 46, das Fußart.-Reg. Nr. 5, das Feldart.-Reg. Nr. 20, das Regiment Königsjäger zu Pferde, ein Trainregiment und eine Abteilung Eisenbahner. Dazu kam noch der Stab und die Verwaltung des Armeekommandos. Man kann diese Formationen in ihrer kriegsmäßigen Stärke wohl auf rund 15000 Mann schätzen. Die Feldregimenter waren aber noch nicht am Orte, auch traf die Kriegsstärke für sie nicht mehr zu, nachdem sie sich auf deutschem Boden im Rückmarsch befanden. In Posen befanden sich bis zum Feste nur Ersatzbataillone. Sie wurden zum größten Teil aufgelöst. Dienst wurde überhaupt nicht getan. Der Rest lief auseinander. Nur gut diszipinierte Truppen, die frisch einrückten, konnten eine Zeit zusammengehalten werden. Es blieben auf geheimen Befehl nur die Polen. So standen die Kasernen fast leer. Bei den Linienregimentern sollten nur die Jahrgänge 1896—1899 bleiben. Die Reserven mußten bereits auf dem Heimmarsche ihre Gewehre, die Artillerie die Geschütze abgeben und wurden in die Garnison geschickt und sofort entlassen. Die Mannschaft schmolz also zusehends zusammen. So war das Inf.-Reg. Nr. 47, wie aus der Geschichte des Regiments hervorgeht, im Krieg über auf einer Verpflegungsstärke von 3000 Mann gehalten worden. Oft ging sie noch über die Zahl hinweg. Am 21. September 1918 betrug sie nur noch 1235 Mann, 73 Offiziere und 221 Pferde felddienstfähig und 1 Offizier 106 Mann garnisondienstfähig. Das Feldregiment ist nicht mehr in die Stadt zurückgekommen. Nur die drei Maschinengewehrkompagnien gingen unter Führung des Rittmeisters von Malitz am 21. Dezember nach Posen ab. Wie es um die Stärke des Feldregiments stand, als

die Reserven entlassen waren, zeigen folgende Angaben. Aus den verfügbaren Mannschaften des 1. und 3. Bataillons wurde für besondere Zwecke ein schwacher Zug zusammengestellt. Danach bestand das 1. Bataillon nur noch aus Offizieren, Schreibern, Burschen, Lebensmittelempfängern, Pferdepflegern und höchstens 20—30 Mann, die als Kämpfer in Betracht kamen. Die drei Infanteriekompagnien jedes Bataillons mußten schon im Dezember ihrer Schwäche wegen zu einer Infanterieabteilung zusammengefaßt werden. Ähnlich stand es mit den übrigen Regimentern. Die Stärke der drei Maschinengewehrkompagnien des 47. Inf.-Reg. ist nirgends angegeben. Sie dürften aber ebenfalls recht schwach gewesen sein, wie mancherlei Anzeichen verraten. Sie rückten am 25. Dezember in Posen ein und besetzten zunächst die Kaserne im Stadtteile Jersitz an der Hedwigstraße. Sobald die Unruhen ausbrachen, siedelten sie in die Grenadierkaserne über, um sich besser verteidigen zu können. Da war also Raum genug für sie da. Von dem Grenadierregiment hat der Oberst während der Kämpfe dem Hauptmann Radecke von dem Pionierbataillon 29 in Wilda die Stärke seines Regiments mit 600 Mann angegeben. Das ist also die Zahl, mit der im höchsten Falle zu rechnen ist. Man muß bedenken, daß der Aufstand wohl absichtlich in die Weihnachtsfeiertage gelegt worden ist. Da befand sich ein großer Teil der Mannschaften, die noch im Dienst gehalten werden konnten, auf Urlaub. Der Drang danach war allgemein sehr stark. Er konnte bei der mangelhaften Disziplin nicht gut versagt werden. Von den übrigen Truppen sind die Feldregimenter nicht mehr in die Stadt Posen zurückgekommen. Was dort war, waren Reste der Reservebataillone. Bei der Zerfahrenheit des Generalkommandos dürfte es wohl keine deutsche Stelle in Posen gegeben haben, die mit der Stärke der militärischen Besetzung in diesen Tagen vertraut gewesen ist. Sicherlich ist sie nicht 2000 Mann gewesen, wahrscheinlich kaum die Hälfte, wie sich später zeigen wird. Was die Besatzung aber am meisten schwächte, war der Mangel jeder Führung von seiten des Generalkommandos.

Die Vorbereitung zum Putsch.

Während der deutsche Umzug durch die Straßen zog, trafen die Polen die letzten Vorbereitungen zum Putsch. Er setzte gegen 7 Uhr ein und begann mit dem Schießen vor dem Bazar, den „drei Salven", von denen Rzepecki mit so großer Ruhmredigkeit spricht.

Was geschah aber bis dahin?

In der Nacht vom 26. zum 27. Dezember hatte der Oberste polnische Volksrat getagt. Diese Sitzung, wie der Stoff der Beratung, ist der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt worden, obwohl man davon in Posen damals allgemein und ohne jede Zurückhaltung sprach. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß in dieser Sitzung zu dem Bericht Paderewskis und den Mitteilungen der „Mission" Stellung genommen, und daß dort sogleich die praktischen Folgerungen aus der Auffassung der Lage gezogen und der Putsch beschlossen wurde. Zunächst wurde in aller Eile Verstärkung nach Posen herangezogen. Die Volkswehr in Bnin, Kurnik, Stenschewo und Schroda wurde aufgerufen. Nach dem „Kurjer Poznanski" Nr. 298 vom 29. Dezember 1918 sind die Ortskommandanten durch Anruf verständigt worden. Wahrscheinlicher ist, daß die Benachrichtigung durch Reiter geschah, wie sie die Polen damals zu solchen Zwecken häufig verwandten. Die genannten Orte liegen alle 20 bis 35 km von Posen entfernt. Der Anmarsch geschah zu Wagen. Bei den damals nicht bequem zu passierenden Wegen, es lag Neuschnee, muß die Fahrt 3—4 Stunden in Anspruch genommen haben. Nach den Angaben von Augenzeugen trafen diese Kommandos in der Dämmerung in den Vororten ein, von wo aus sie dann zu Fuß weiter gingen. Das stimmt mit den Angaben Rzepeckis überein, der das Eintreffen der Verstärkung aus Kurnik in dem Bazar auf 6 Uhr abends verlegt. Der „Kurjer Poznanski" gibt das Eintreffen allerdings erst „gegen 8 oder 9 Uhr" an. Auch nach diesen Angaben muß der Befehl zum Anrücken nach Posen in den Ortschaften spätestens zu Mittag eingetroffen sein. Die Stärke der Kurniker Abteilung allein wird auf 120 Mann angegeben (Rzepecki). Die Mannschaften mußten nach Eingang des Befehls erst einzeln benachrichtigt werden, sich ausstatten, Fuhrwerke mußten besorgt werden, das nimmt Stunden in Anspruch. Es ist darum wahrscheinlicher, daß der Befehl bereits am Morgen oder im Laufe des Vormittags einlief. Auf jeden Fall lassen auch die polnischen Angaben erkennen, daß die Polen für den 27. etwas Besonderes erwarteten und darum Verstärkungen heranzogen, also daß der Putsch beschlossen war. Dabei ist undenkbar, daß der Befehl, Verstärkungen heranzuziehen, erst zur Zeit des deutschen Umzuges ausgegeben wurde. Er lag mindestens mehrere Stunden vorher da. Wahrscheinlich ist, daß er ausgegeben wurde, ehe von einem deutschen Umzug gesprochen wurde. Die Begründung des Putsches mit dem deutschen Umzuge ist also eine Finte.

Die polnischen militärischen Formationen der Stadt befanden sich bereits seit dem Eintreffen Paderewskis im Alarmzustande. Der Bazar war im Innern auffällig mit ausgesuchten Wachen — meist Söhne polnischer Gutsbesitzer — mit scharf geladenen Waffen besetzt. Nachmittags fand eine Versammlung der polnischen militärischen Führer statt, in der die letzten Instruktionen ausgegeben wurden. Rzepecki hatte die Mitteilungen selber übernommen. Hierher lief die erste Nachricht von dem Demonstrationszug der Deutschen ein. Das „Oberkommando", wahrscheinlich Korfanty, wurde verständigt, und die Truppen an die vorher bekanntgegebenen Orte einberufen und Waffen und Patronen verteilt. Das geschah sehr schnell. Da der Anruf das Entfernen der Ententefahnen von der Verbandsbank in der Wilhelmstraße erwähnte, muß die Mobilisierung um 4½ Uhr begonnen haben. Kurz nach 5 Uhr zog bereits eine Kompagnie polnischer Soldaten über den Wilhelmplatz mit Gesang an die für sie bestimmte Stelle. Ein ungeheurer Trubel, rasende Beifallsrufe begleitete sie. Teilnehmer des deutschen Zuges saßen noch im Hohenzollernkaffee. Sie hielten den Aufmarsch für eine Gegendemonstration und sprachen später von dem polnischen Gegenzuge. An einen Putsch, also einen allgemeinen Aufstand, konnte oder wollte man noch zu dieser Stunde auf deutscher Seite nicht denken. Von nun an beginnt ein systematisches Vorgehen nach vorbedachtem Plan. Nach dem Eintreffen der polnischen Formationen aus den Vorstädten und von außerhalb wird die Neustadt als die Bühne, auf der der Putsch vor sich gehen sollte, abgeriegelt. Aus der Stadt fliehende Deutsche, die dort zur Gesellschaft oder vom Umzuge zurückgeblieben waren, haben übereinstimmend berichtet, daß der Bahndurchgang zwischen Witting- und Posener Straße, die Theaterbrücke bei dem Neuen Theater und das Berliner Tor bei dem Schloß durch Wachen, die auch Maschinengewehre hatten, abgesperrt waren, die beim Herannahen von Menschen schossen. Auch das Tor an der Ritterstraße, die Bergstraße unten am Petriplatz und die Neue Straße an der Museumstraße, sowie die Wilhelmstraße an der Einmündung in die Martinstraße waren abgeriegelt. Noch war der Wilhelmplatz dicht voller Menschen, die schaulustig auf die Auffahrt zum Bazar warteten. Dort war ein Bankett für den Abend angesagt. Mittlerweile begann die Säuberung des Wilhelmplatzes und der anderen Orte der Aktion von Deutschen. Die Posten hatten die Anweisung, jedermann, der aus der Wohnung der Deutschen zum Fenster hinaussah, zurückzuweisen. Vor dem Schloß wurden die beiden Söhne des Lehrers Klepka als Deutsche erkannt und niedergeschlagen. Man wollte keine Zeugen. In den Protokollen des Deutschen Volksrats erzählte der Sohn eines Posener Bürgers, daß er am Nachmittage aus dem Felde heimgekommen wäre. Er hätte das Bedürfnis gehabt, sich abends in der Stadt bei seinen Freunden umzusehen. Dabei sei er von der Martinstraße her am Bazar vorübergekommen. An der Ecke des Hotels de Rome wäre er erkannt worden. Ein polnischer Soldat mit aufgepflanztem Seitengewehr fällte das Gewehr und stach nach ihm. Er griff ihm ins Gewehr und wandte sich, so daß der Stich vorbeigelang. Ein älterer polnischer Herr, der ihn kannte, warf sich dazwischen und führte ihn über die Straße auf den freien Platz. Dort wurde er von anderen Personen angefallen. Männer hielten ihm beide Hände auf dem Rücken fest, und Damen der besten Gesellschaft schlugen wie irrsinnig auf ihn ein und spieen ihm ins Gesicht, bis er ohnmächtig zusammenbrach. Als er wieder zu sich kam, schleppte man ihn eben beiseite. Er raffte sich zusammen und ist dann durch die Theaterstraße zurück nach Hause gekommen. Ein anderer bezeugt, daß in der Zigarettenfabrik in der Bäckerstraße Maschinengewehre aufgefahren waren. Als er danach sah, wurde er sofort aufs schärfste zurückgewiesen.

Am 27. Dezember von 5—7 Uhr hatten die deutschen Katholiken die Schlußandacht in ihrer Feier des vierzigstündigen Gebets in Lazarus. Nach traditioneller Sitte muß der Erzbischof dazu erscheinen. Er blieb diesmal aus. Er wußte also, daß etwas vorgehen würde und hielt sich zurück. Als die Teilnehmer herauskamen, wurden sie von einer Kette von polnischen Soldaten eingeschlossen und hinten herum in die Altstadt geführt, damit sie die Vorgänge in der Neustadt nicht beobachten könnten. Dabei ist einzelnen gelungen, vom Alten Markt her die Neue Straße hinaufzusehen. Sie sahen dort erregte polnische Soldaten mit Gewehren bewaffnet, die dort die Straße sperrten.

Die Erregung und Ungeduld der Polen war vor dem Einsetzen des Putsches zur Siedehitze gestiegen. Sie waren unterrichtet. Verschiedentlich war den Deutschen gegenüber die Bemerkung gefallen: „In zwei Tagen wird es anders in Posen aussehen." Sie konnten die Entscheidung kaum erwarten. Aus einzelnen Gebäuden fielen Schüsse. In das Hohenzollernkaffee, das als deutsches Lokal galt, wurde durch das Fenster geschossen. Der Schuß tötete einen Kellner, der am Billardtisch eben einen Meisterschuß zeigen wollte. Wie sich später herausstellte, war der Erschossene ein Pole. Ein anderer, in Feldgrau gekleidet, hatte sich in die Tür flüchten wollen. Er fiel verwundet zu Boden und wurde in die Räume gezogen. Die Gäste flohen entsetzt auseinander und suchten in ihre Wohnungen zu kommen. Wenn man die Angaben Rzepeckis, unterstützt durch die Kenntnis der Vorgänge, aufmerksam liest, so kann man nur zu dem Schluß kommen, daß die beiden Opfer am Hohenzollernkaffee durch Schüsse aus dem Eckhause Ritterstraße-Wilhelmplatz gefallen sind. Er schreibt die Schüsse Mitgliedern der polnischen militärischen Organisation zu, die die Grzykowskische Wohnung besetzt hatten, und einen pensionierten polnischen Lehrer, Weiherowicz, der aus einem Drilling feuerte. Haß und Mordlust hatten hier also zwei Opfer gefordert, die unbewaffnet und ahnungslos ihre Wege gingen, ehe noch irgendein Kampf sich entsponnen hatte. Das bestätigt den Verdacht, der von den Deutschen immer wieder und wieder mit größter Bestimmtheit ausgesprochen worden ist, daß die Einzelschüsse bei dem Umzuge und in der Zwischenpause von polnischer Seite, und zwar aus den Wohnungen, abgegeben worden sind, zumal in fast jedem polnischen Hause ein Militärgewehr war. Sonst ist Rzepecki gerade in seiner Schilderung der Kämpfe am 27. Dezember mit allergrößter Vorsicht zu behandeln. Überall steckt in seinen Angaben ein Kern von Wahrheit. Aber die Geschehnisse sind nach Zeit und Ort wüst durcheinandergeworfen und unter einem Berg von Übertreibungen, Unmöglichkeiten und Unwahrheiten vergraben. Wenn er den Heldenmantel umschlägt, stolpert er nicht mehr über Bedenken.

Mittlerweile waren die Vorbereitungen beendet. Der Hauptakt **konnte beginnen. Es war gegen 7 Uhr geworden.**

(Fortsetzung folgt.)

Kurmärkerlied.

Märkerland, im Herzen mir,
Meine Liebe lebt nur dir!
Land mit weiten Kiefernwäldern,
Birkenpfaden, Roggenfeldern!
Flur, darin in gelbem Sande
See an See sich reiht zum Bande!
Märkerland, im Herzen mir,
Meine Liebe lebt nur dir!

Märkervolk, im Herzen mir,
Meine Liebe lebt nur dir!
Volk des Willens, knorrig, zähe,
Regsam, lachend allem Wehe!
Volk der Arbeit und der Klarheit,
Schaffend treu, voll Trutz und Wahrheit!
Märkervolk, im Herzen mir,
Meine Liebe lebt nur dir!

Kurmark, du im Herzen mir,
Meine Liebe lebt nur dir!
Schoß, aus dem zu zähem Siegen
Roten Adlers Kraft gestiegen!
Mark, gestählt durch Zwang der Waffen!
Land, draus Deutschland ward geschaffen!
Kurmark, du im Herzen mir,
Meine Liebe lebt nur dir!

Wilhelm Müller-Rüdersdorf.
(Melodien von C. F. Kühne und Camillo Hildebrand.)

Aus der Arbeit des Bundes Deutscher Osten.

Eine eindrucksvolle **Ostdeutsche Weihestunde** wurde am 13. Januar in der Ostausstellung veranstaltet. Nach dem Einmarsch der von den Anwesenden mit erhobenem Arm begrüßten Fahnen grenzlanddeutscher Volksgruppen, Liedervorträgen eines zweistimmigen Chors der Hitlerjugend, sprach Marga Heyne außerordentlich wirkungsvoll drei ostdeutsche Dichtungen von Franz Lüdtke und fand namentlich mit dem Gedicht: „O, du bist deutsch" begeisterten Beifall. Darauf ergriff der stellvertretende Führer des Bundes Deutscher Osten, Dr. Ernst Otto Thiele, das Wort zu einer zündenden Ansprache, als deren Motto er sich den Ausspruch von Walter Flex erwählt hatte: „Wer auf die preußische Fahne schwört, hat nichts mehr, was ihm selber gehört." Unter Hinweis auf den im Mittelpunkt der Ausstellung stehenden heroischen Menschen des Ostens erklärte der Redner den Begriff „Preußengeist" als Pflichtbewußtsein und Pflichterfüllung bis zum äußersten, Pflichterfüllung nicht auf Grund eines Befehls, sondern aus innerer Überzeugung heraus. Mit einem kurzen Schlußwort des stellvertretenden Landesführers im BDO, Dr. Zilz, einem dreifachen Sieg-Heil auf den Führer und dem Horst-Wessel-Lied fand die Feier ihr Ende.

*

Im Rahmen der Ostausstellung finden in der nächsten Zeit noch eine Reihe von Sonderveranstaltungen statt. So wird am 20. Januar in einer besonderen Feier des Oberschlesischen Grenzlandes gedacht werden. Am 22. Januar, 5 Uhr nachmittags, veranstaltet der BDO in Verbindung mit dem Arno-Holz-Archiv eine Arno-Holz-Gedächtnisfeier. Sprecher ist Herbert Witt, der aus dem Kindheitsparadies und anderen bekannten Werken von Arno Holz vorlesen wird. Auch die Tatsache, daß vor 10 Jahren das deutsche Memelgebiet von Litauen annektiert worden ist, wird dem BDO Anlaß bieten, um im Rahmen der Ausstellung in einer schlichten Feier eine Treuekundgebung für die bedrängten Memelländer zu veranstalten.

*

Die **Ortsgruppe Breslau** hat eine Schlesierin, jetzt Gattin eines Hirschberger Arztes, die mit ihrem Mädchennamen Hanna Vogel heißt, durch die Überreichung einer Silbernen Ehrennadel für Verdienste ausgezeichnet, die sie sich während der oberschlesischen Abstimmung um das Deutschtum erworben hatte. Die mutige Tat beging sie im Jahre 1921, in der Nacht nach dem Abstimmungstag in Myslowitz. Die polnischen Aufständischen beabsichtigten aus Wut über ihre Niederlage das Abstimmungshaus in Brand zu setzen und die Abstimmungsakten zu vernichten. Hanna Vogel, die davon Kenntnis erhielt, eilte in der Nacht, nur mit einem Mantel bekleidet, trotz der tobenden Straßenkämpfe zum Abstimmungshaus und rettete die Abstimmungsakten. Ihr Begleiter wurde vor ihrer Wohnung von den Polen erschlagen, sie selbst schwer mißhandelt. Dennoch gelang es dem tapferen Mädchen, die Akten zu bergen und sie am nächsten Tage nach dem etwas sichereren Kattowitz zu bringen. So wurde es möglich, noch heute den deutschen Abstimmungssieg in Myslowitz zahlenmäßig zu beweisen.

*

Die **Landesgruppe Wasserkante** hat in der Schiller-Oper in Hamburg eine Memelland-Kundgebung veranstaltet, die am Vorabend des Tages stattfand, an dem vor elf Jahren litauische Freischaren das Memelland raubten. Umrahmt wurde die Kundgebung von Musikvorträgen des Musikkorps der Fachschule 4 der Reichszollverwaltung, unter der Leitung von Reinhold Spielberg. Auf der Bühne Wimpelabordnungen der Hitler- und BDM.-Jugend Hamburgs. Der Landesführer des BDO, Usmar Bennewitz, sprach von dem Wollen und den Zielen des Bundes. Ostland sei wieder deutsches Schicksalsland geworden, das Antlitz des Deutschen richte sich wiederum ostwärts, die Jugend singe wieder das alte Lied der Ostlandfahrer. Nicht Krieg bedeute das, sondern das Wehrhaftmachen des innerlichen, des geistigen Menschen. Um die Ostpolitik Hitlers mit vorbereiten und durchführen zu helfen, mußten all die verschiedenen Bünde und Grüppchen der Ostlandverbände zusammengeschweißt werden im Bund Deutscher Osten. Es gelte dieser Abend dem Memelland, das eine siebenhundertjährige deutsche Geschichte hinter sich habe. Der Landesführer schilderte mit packenden Worten die Not des Memellandes. Er sprach dann über die Notwendigkeit, die Brüder im Memelland geistig in ihrem schweren Kampf zu unterstützen, ihnen die Treue zu halten. Mit einem Gelöbnis, dem Kanzler zu folgen in seiner Ostlandpolitik, und einem begeistert aufgenommenen Sieg-Heil auf den Führer und Volkskanzler schloß der Landesführer seine Ansprache, der das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied folgte. Anschließend wurden Lichtbilder vom Memellande gezeigt. Reichsbankrat W. Taube sprach dazu die erläuternden Worte. Nach der Pause ging das historische Spiel „Die Torgauer Heide" von Otto Ludwig über die Bühne.

*

Der BDO hat in Frankfurt (Oder) eine **Volkshochschule** eröffnet. Zur Eröffnung waren die interessierten Kreise sowie die Spitzen der Behörden geladen. Im Namen des Landesführers sprach Hermann Pitschke, der in großen Zügen auf die Aufgaben des Bundes einging. Den Gedanken des Deutschen Ostens in das Volk zu tragen, sei die vornehmste Aufgabe dieser Volkshochschule, deren Vorträge sich alle auf dieser Linie bewegen sollen. Als Leiter der Volkshochschule hielt alsdann Studienrat Nerger einen Vortrag über die „Volkshochschule des Dritten Reiches". Er betonte hierbei, daß der Nationalsozialismus die stark bedroht gewesene abendländische Kultur gerettet habe. Denn der Bolschewismus und das Judentum hätten versucht, die Kultur durch Vergiftung der Volksseele zu vernichten.

*

Unter besonderer Förderung des BDO hielt der **Verein Deutscher Studenten** vom 9. bis 11. Januar in der Jugendherberge in Lagow eine Schulungstagung ab, die mit einer Reise nach Schiebus zum Studium der Grenzverhältnisse verbunden war.

*

Unter den Besuchern der Ostausstellung bemerkte man vor kurzem eine alte Dame, der man die „Achtzig" ohne weiteres ansah. Etwas umständlich löste sie für 20 Pf. die Eintrittskarte, ging im Erdgeschoß von Stand zu Stand, verweilte lange bei den Auslagen der Königsberger Ostmesse und sah sich genau die Bernsteinerzeugnisse und ganz besonders die schönen Landschaftsbilder der ostpreußischen Verkehrswerbung an. Schließlich stellte sich die Dame dem Leiter der Ausstellung, Dr. Thiele, vor und es ergab sich, daß es die älteste Besucherin der Ostausstellung war, die das 93. Lebensjahr bereits überschritten hat. In Ospreußen ist sie geboren, und sie wollte es sich nicht nehmen lassen, diese Ausstellung zu besuchen, die so viel von ihrer Heimat bringt. Für alles hatte sie Interesse. Nicht müde wurde sie vom Anschauen der vielen Abteilungen — und noch nach einer Stunde sah man die Ostpreußin im 3. Stock, von dessen Ausstellungsstücken sie geradezu begeistert war. Immer wieder fuhren ihre zitternden Hände über die alten Holzmöbel, die Kinderwiegen und Brautbettstellen, die sie selbst noch miterlebt hat. Diese Abteilung der Volkskunde war es, die die älteste Besucherin der Ostausstellung kaum verlassen wollte: Jede Trachtengruppe wurde angesehen, jede Bauernschüssel, jedes Hausgerät, jede Spindel genau betrachtet und die Beschriftung dazu studiert. Es mochten wohl zwei Stunden vergangen sein, als man sie die Ausstellung verlassen sah. Keine Spur von Müdigkeit war ihr anzumerken, aber Befriedigung und Freude malten sich auf ihrem runzligen Gesicht: sie hatte noch einmal Jugendzeit und Heimat erlebt...

Buchbesprechungen.

Not und Aufbau der bayerischen Ostmark, Schicksal eines deutschen Grenzlandes, von Dr. Kurt Trampler. Bayerland-Verlag, GmbH., München, 1934. Herausgegeben vom Institut zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten bei der Münchener Universität. (1. bis 10. Tausend.) Mit 190 Bildern und Kartenskizzen. 103 Seiten. Preis 2,50 RM. — Kurt Trampler, den man wohl als einen der besten Kenner des südöstlichen Grenzlandes bezeichnen kann, legt hier eine erste umfassende Schrift über die bayerische Ostmark vor, er ergänzt und erweitert hier die Darstellungen, die er früher bereits in dem „Volk und Reich"-Heft „Süddeutsche Ostnot" und in seiner Broschüre „Die bayerische Ostmark bedroht" gegeben hat. In überzeugender Weise schildert Trampler die von der Öffentlichkeit und den amtlichen Stellen so lange verkannte und abgeleugnete grenzpolitische Gefahrenlage des bayerischen Landes zwischen Passau und Hof. Anschaulich stellt er den historischen Gang der Besiedlung des bayerisch-böhmischen Grenzraumes dar, den Zug des altbayerischen Stammes aus dem böhmischen Kessel in das Land zwischen Donauebene, Lech und Alpen und dann das kolonisierende Wiedervordringen nach Nordosten, die gewaltige Rodungsarbeit im Nordwald und die deutsche Wiederbesiedlung des böhmischen Kesselrandes. Zahlreiche ausgezeichnete Bilder bezeugen die Kulturarbeit der bayerischen Menschen im Gebiete der heutigen Ostmark. Weiter entwirft Trampler ein Bild vom wirtschaftlichen Aufbau des Grenzlandes, von den schwierigen Verhältnissen seiner Landwirtschaft und von den alten bodenständigen Industrien und Heimgewerben, der Glas- und Porzellanindustrie, der Handweberei, Holzschnitzerei usw., die schon durch die großindustrielle Entwicklung des liberalistischen Zeitalters in eine bedrängte Lage gerieten, durch die Versailler Neugestaltung des mitteleuropäischen Raumes und durch das Unverständnis der Novemberregierungen aber vom gänzlichen Zusammenbruche bedroht wurden. Ein besonderes Kapitel widmet der Verfasser dann der von jenseits der Grenze her vordringenden volkspolitischen Gefahr, wo der Tscheche mit unerbittlicher Konsequenz und Zähigkeit das geschlossene deutsche Siedlungsvorfeld auf der böhmischen Grenzseite auflockert und zersprengt, tschechische Siedlungskeile in jahrhundertealten deutschen Volksboden bis zur Grenze vortreibt und zugleich diese Grenze zu einer einzigartigen militärischen Angriffsbasis ausbaut, von der aus im Ernstfalle — ergänzt durch eine entsprechende französische Angriffsbasis im Elsaß — der Zusammenhang zwischen dem Norden und Süden Deutschlands an der schmalsten Stelle des Reiches gesprengt werden kann. Das Buch schließt mit einem Kapitel, in dem der Verfasser die Wege aufzeigt, auf denen der wirtschaftliche und völkische Wiederaufbau des bedrohten Grenzlandes in Angriff zu nehmen ist. Das Dritte Reich ist sich seiner Pflichten und Aufgaben, die es gerade hinsichtlich der wirtschaftlichen Stärkung und kulturellen Hebung seiner Grenzgebiete zu erfüllen hat, durchaus bewußt. Auch in der bayerischen Ostmark hat das große Rettungswerk, das die Fehler und Sünden früherer Regierungen wiedergutmachen soll, schon begonnen. Der Bund Deutscher Osten nimmt an diesem Werke tätigen Anteil; es sei nur an die erfolgreiche Tätigkeit der bayerischen Ostmark-Werbestelle im BDO erinnert, die durch Ausstellungen usw. den Qualitätserzeugnissen der bayerischen Ostmarkindustrien den Weg zu den deutschen Käufern zu ebnen bemüht ist. Die bayerische Ostmark hat in Kurt Trampler ihren begeisterten und befähigten Verkünder gefunden. Sein neues Buch verdient die weiteste Verbreitung. Besser als Worte es vermögen, zeigen die zahlreichen Bilder die wunderbare Schönheit dieses Landes, das es verdient, ein bevorzugtes Reiseziel aller Deutschen zu werden. Dr. Kredel.

„Und ihr habt doch gesiegt!" Ein neues Werk von Dr. Curt Rosten. — Wir wiesen kürzlich auf drei grundlegende Bücher des Ostmärkers Dr. Curt Rosten hin, eines alten Vorkämpfers unserer nationalsozialistischen Bewegung. Jetzt fügt er ihnen ein weiteres an, das den markanten Titel trägt: „Und ihr habt doch gesiegt!" Welche Wendung der Geschichte in dem einen Jahrzehnt seit jenem 9. November 1923 in München, da unter den Schüssen der Reaktion die deutschen Freiheitshelden verbluteten! Und wieviel Opfer haben dann die Jahre danach gebracht! „Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen, marschieren im Geist in unseren Reihen mit." Ihnen allen ist dies Werk gewidmet, ihnen, den Streitern und ihnen, den Siegern! Denn aus ihrem Blut, aus dem Blut des Totensturms Horst Wessel keimte die Saat der Freiheit, erwuchs das neue Deutschland, das nun nach Not und Nacht blühen soll. — In spannenden Kapiteln bringt Dr. Rosten von dem schicksalhaften 9. November 1918 und dem nicht minder schicksalbedeutenden 9. November 1923 das Geschehen der Zeit bis heute zum Miterleben. Wir spüren, wie Adolf Hitler wurde. Wie der Führer wurde — auch schicksalhaft. Bild an Bild zeichnet der Verfasser. Immer packt es, zuweilen hat die Schilderung das atemraubende Tempo der Ereignisse. So geht es bis zum 9. November 1933, als das Zehnjahresgedenken jenes Münchener Opfertages vor der Feldherrnhalle gefeiert wurde. Die deutsche Revolution war vollbracht. Nun heißt es, das Dritte Reich zu bauen. Die Grundsätze, nach denen dies geschieht, weiß Dr. Rosten lebensvoll darzustellen, ohne jede falsche Lehrhaftigkeit, schlicht und kernig aus den Tatsachen heraus. Oft läßt er den Führer und seine treuen Mithelfer am Werk sprechen, so daß viele zeitgeschichtliche Dokumente eingestreut sind — dazu zahlreiche Abbildungen, die das Buch noch wertvoller machen, so daß es in seiner Volkstümlichkeit, seiner inneren Kraft und seiner gediegenen Ausstattung (Verlag Deutsche Kulturwacht, Berlin-Schöneberg, Preis geb. 8 RM.) als rechtes Volksbuch unserer Zeit und als Mitkämpfer an der Erziehung des Deutschen zum Dritten Reich genannt werden kann. Dr. Lüdtke.

Heinrich der Löwe von Dr. Hans Heimar Jakobs. Heft 24, Colemans kleine Biographien. Verlag Charles Coleman, Lübeck, 1933. 44 Seiten. — Heinrich der Löwe ist einer der stärksten Gestalter der deutschen Bewegung nach Osten. Diese historisch bedeutsamste Leistung des großen Welfen kommt in der Biographie von Jakobs u. E. nicht genügend zur Geltung. Der volksdeutsche und zeitgeschichtliche Hintergrund, auf dem sich das Ringen Friedrich Barbarossas mit Heinrich dem Löwen abspielt, ist in dieser Darstellung nicht deutlich genug zu erkennen. Was über die einzelnen Unternehmungen des Löwen zur Stärkung seiner Hausmacht, über seine Bündnisse und Feindschaften gesagt wird, das ist sicherlich alles richtig dem Inhalt nach; aber es ist nicht so gesehen und dargestellt, wie es wünschenswert und notwendig ist, um den Sachsenherzog als einen Menschen erkennen zu lassen, der für das deutsche Volk Geschichte gemacht hat und der — bewußt oder unbewußt — einer der kraftvollsten Wegbereiter deutschen Kolonisationswillens war. Das Heft verrät gründliches Wissen; aber es läßt leider die Kunst ausdeutender Gestaltung vermissen. Dr. K.

Freie Stadt Danzig. Herausgeber Werner Rades. Verlag F. Hessenland, GmbH., Stettin. Mit einem Vorwort von Senatspräsident Dr. Hermann Rauschning. Preis 1 RM. — Das in Prospektformat (23×21 Zentimeter) erscheinende Heft ist ein in deutscher und englischer Sprache verfaßter Führer durch die Freie Stadt Danzig. Sein Hauptwert besteht in der hervorragenden Bildausstattung, die diesen Führer zu einem einzigartigen Dokument der Schönheit Danzigs machen. In kurzen zweisprachigen Abhandlungen werden einzelne, den Ausländer und Touristen besonders interessierende Themen behandelt: Danzig als Kongreßstadt; die Danziger Kirchen; die „freie" Stadt Danzig; die Technische Fachschule Danzig; Danzig im europäischen Luftverkehr. Daß dieser Führer seit 1927 jetzt seine vierte Auflage erlebt, zeigt, daß er seinen Zweck, für Danzig zu werben, erfüllt. Dr. K.

*

Berichtigung: In der Besprechung von Siegfried von der Trencks „Volk und Führer" in „Ostland" Nr. 2, Seite 23 muß es in dem letzten Teil des wiedergegebenen Gedichtes heißen: „Segne der Himmel dein Walten, deutscher Meister du!"

Familiennachrichten.

Geburtstage. Sattlermeister Hermann Grawunder in Pudewitz am 2. 1. 75 J.; Altsitzer Hermann Draeger in Elsenhof bei Welnau am 17. 1. 80 J.

Verlobt: Fräulein Alice Zein, Heyersdorf, Krs. Fraustadt, mit Herrn Fritz Gumprecht, Zedlitz, Krs. Fraustadt, früher in Priebisch, Krs. Lissa.

Silberne Hochzeit. Landesführer Fr. K. Kriebel und Frau Helene, geb. Ecke, in Frankfurt (Oder), am 28. 12.; Fleischermeister Richard Milbrad und Frau Ida, geb. Pleines, in Frankfurt (Oder), am 10. 1. (Milbrad war Obermeister der Fleischerinnung in Frankfurt und ist Sachverständiger für das Fleischergewerbe bei verschiedenen Reichs- und Staatsbehörden, außerdem stellv. Vorsitzender des Innungsausschusses.)

Goldene Hochzeit. Eisenbahnassistent i. R. Wilhelm Schmarse und Frau Auguste, geb. Schmidt, fr. in Rothenburg (Obra), Lubosin bei Pinne und Birnbaum (Warthe), jetzt in Crossen (Oder), Deutsch-Sagarer Weg, am 24. 1. (Von 6 Söhnen — außerdem 5 Töchter — haben 4 den Weltkrieg mitgemacht.)

Gestorben. Pfarrer D. Wilhelm Bickerich von der Johanneskirche in Lissa am 13. 1., 66 J. (B. war über 40 Jahre in Lissa tätig; geboren in der Pfalz, kam er schon als Kind nach Posen und wurde am 1. Mai 1892 Hilfsprediger in Lissa; er hat sich als Wissenschaftler durch seine Forschungen über die Geschichte der evangelischen Kirche in Polen einen Namen gemacht; die Theol. Fakultät der Universität Breslau hat ihm den Ehrendoktortitel verliehen; von seinen 8 Kindern ist ein Sohn im Posenschen als Pfarrer tätig, ein zweiter Sohn in Siebenbürgen.); Rentner Julius Weigelt, Sommerfeld N.-L., früher Samter (Posen), 80 J.

Mitteilung.

Wie bereits durch die Ortsgruppen des BDO bekanntgegeben wurde, ist die seinerzeit vom Deutschen Ostbund e. V. eingerichtete Sterbekasse am 1. Oktober 1933 auf die „Aufbaukredit für Grenz- und Auslandsdeutsche G. m. b. H.“ übergegangen. — Wir bitten, die fälligen Beträge auf unser Postscheckkonto Berlin Nr. 132 06 zu überweisen.

Aufbaukredit für Grenz- und Auslandsdeutsche G. m. b. H.,
Abteilung Sterbekasse, Berlin W 30, Motzstraße 22.

Verlag: Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30, Motzstraße 22 — Fernruf: B 5 Barbarossa 9061 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Zimmerstraße 7/8.